### Gesetz zur Ausführung des Umweltschutzprotokolls vom 4. Oktober 1991 zum Antarktis-Vertrag (Umweltschutzprotokoll-Ausführungsgesetz)

**Vom 22. September 1994**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

### § 1 Ziel des Gesetzes

Ziele dieses Gesetzes sind der umfassende Schutz der antarktischen Umwelt und der abhängigen und verbundenen Ökosysteme sowie die Bewahrung der Antarktis als ein dem Frieden und der Wissenschaft gewidmetes Naturreservat.

### § 2 Begriffsbestimmungen, Gebote und Verbote

(1) Im Sinne dieses Gesetzes sind:

1. **Antarktis:**
   - Gebiet südlich von 60 Grad südlicher Breite;

2. **Tätigkeit:**
   - Expeditionen, Reisen, Versorgungsfahrten und -flüge, Inspektionen und sonstige Unternehmungen in die...
3. Umwelterheblichkeitsprüfung:

   die vorläufige Bewertung der Umweltauswirkungen nach Artikel 2 der Anlage I des Umweltenschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag;

4. Umweltverträglichkeitsprüfung:

   die umfassende Bewertung der Umweltauswirkungen nach Artikel 3 der Anlage I des Umweltenschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag;

5. Abfälle:

   bewegliche Sachen, auch flüssige und gasförmige, derer sich der Besitzer entledigen will, oder deren geordnete Entsorgung zur Wahrung des Wohles der Allgemeinheit, insbesondere des Schutzes der Umwelt geboten ist, oder radioaktive Reststoffe sowie ausgebauten oder abgebaute radioaktive Anlagenteile, die nach § 9a Abs. 1 Nr. 2 des Atomgesetzes geordnet zu beseitigen sind.

(2) Die in den §§ 17, 18, 20 bis 24, 26, 29, 32 und 34 und in Rechtsverordnungen nach § 5 Abs. 7 genannten Gebote und Verbote gelten für Teilnehmer einer Tätigkeit nach Absatz 1 Nr. 2 und für natürliche Personen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.

§ 3

Allgemeine Genehmigungspflicht

(1) Jede Tätigkeit nach § 2 Abs. 1 Nr. 2, die von

1. deutschen Staatsangehörigen,

2. anderen natürlichen Personen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland,

3. juristischen Personen oder nichtrechtsfähigen Personenvereinigungen mit Sitz im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland,

4. ausländischen juristischen Personen oder nichtrechtsfähigen Personenvereinigungen

(2) Keiner Genehmigung nach Absatz 1 bedürfen:

1. Tätigkeiten, die von einer anderen Vertragspartei des Umweltenschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag genehmigt wurden;

2. Schiffsbewegungen, die nur zum Zweck der Durchfahrt durch die Antarktis erfolgen, ohne daß Ziele in der Antarktis angesteuert werden;

3. Tätigkeiten, die sich unmittelbar auf die Erforschung oder Nutzung antarktischer Robben nach dem Gesetz zu dem Übereinkommen vom 1. Juni 1972 zur Erhaltung der antarktischen Robben (BGBI. 1987 II S. 90) beziehen;


(3) Das Umweltbundesamt ist über Tätigkeiten nach Absatz 2 zu unterrichten.

(4) Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn die Tätigkeit in der Antarktis keine

1. nachteiligen Wirkungen auf Klima- oder Wetterverhältnisse,

2. erheblichen nachteiligen Wirkungen auf die Luft- oder Wassergüte,

3. erheblichen Veränderungen der atmosphärischen, Land-, Wasser-, Gletscher- oder Meeresumwelt,

4. schädlichen Veränderungen in der Verbreitung, Häufigkeit oder Produktivität von Tier- oder Pflanzenarten oder deren Populationen,

5. zusätzlichen Gefahren für gefährdete oder bedrohte Arten oder deren Populationen,

6. Schädigung oder erhebliche Gefährdung der Gebiete von biologischer, wissenschaftlicher, historischer, ästhetischer Bedeutung oder der Gebiete mit ursprünglichem Charakter,

7. sonstigen erheblichen Beeinträchtigungen der Umwelt und der abhängigen und verbundenen Ökosysteme

besorgen läßt.

(5) Umfaßt die beabsichtigte Tätigkeit Handlungen, die nach § 17 Abs. 1, § 18 Abs. 2 und 4 oder § 29 Abs. 2 und 3 verboten sind, darf die Genehmigung nur erteilt werden, wenn die in § 17 Abs. 2, 3 und 4, § 18 Abs. 5 oder § 30 Abs. 1 und 2 genannten Voraussetzungen erfüllt sind. In diesem Fall gilt die nach § 3 erteilte Genehmigung auch als Genehmigung nach den §§ 17, 18 und 29.


(7) Die Genehmigung kann unter Auflagen und Bedingungen erteilt werden. Sie ist zu befristen. Sie kann nach ihrer Erteilung unter Abwägung mit den schutzwürdigen Belangen des Begünstigten ganz oder teilweise widerrufen oder mit Auflagen versehen werden, soweit Tatsachen bekannt werden, die besorgen lassen, daß die Tätigkeit Auswirkungen nach § 3 Abs. 4 haben wird.

(8) Über die Erteilung der Genehmigung entscheidet das Umweltbundesamt. Es holt vor der Entscheidung die Stel-
Verhütung der Meeresverschmutzung

§ 5

(1) Wird im Rahmen einer Tätigkeit im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 2 ein Schiff eingesetzt, so berücksichtigt das Umweltbundesamt bei seiner Genehmigung hinsichtlich der von der Seeschifffahrt ausgehenden Gefahren für die Meeresumwelt eine Stellungnahme des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie. Abweichungen von dieser Stellungnahme sind zu begründen.

(2) Wird im Rahmen einer Tätigkeit im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 2 ein Schiff unter fremder Flagge eingesetzt, so schließt die Stellungnahme des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie auch die Feststellung ein, ob hinsichtlich der Verkehrs- und Betriebssicherheit des Schiffes die Voraussetzungen des § 3 Abs. 4 vorliegen.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend im Falle des § 14 Abs. 2 und § 16.

(4) Die Absätze 1 bis 3 berühren nicht:

1. das Seeaufgabengesetz,
2. das Seemannsgesetz,
3. das Gesetz über die Beförderung gefährlicher Güter, sowie die aufgrund dieser Gesetze erlassenen Rechtsverordnungen.


(7) Das Bundesministerium für Verkehr wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit die Durchführung der Anlage IV des Umweltschutzprotokolls vom Antarktis-Vertrag durch Rechtsverordnung

1. Vorschriften über das Einleiten schädlicher flüssiger Stoffe oder sonstiger chemischer oder anderer Stoffe nach Artikel 4 der Anlage IV des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag zu erlassen,
2. Vorschriften über das Einbringen von Abfall nach Artikel 5 der Anlage IV des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag zu erlassen,


§ 7
Geziehungsverfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfung

(1) Tätigkeiten, die voraussichtlich zumindest geringfügige oder vorübergehende Auswirkungen haben werden, sind einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterziehen, sofern das Umweltbundesamt nicht aufgrund seiner Beurteilung gemäß § 4 Abs. 3 Satz 1 eine Umweltverträglichkeitsprüfung für erforderlich hält. Hierzu hat der Antragsteller Unterlagen mit folgenden Angaben vorzulegen:

1. eine Beschreibung der beabsichtigten Tätigkeit einschließlich ihres Zwecks, ihres Ortes und voraussichtlichen Auswirkungsbereiches, ihrer Dauer und Intensität sowie

2. eine Beschreibung von Alternativen zu der beabsichtigten Tätigkeit und aller voraussichtlichen Einwirkungen der beabsichtigten Tätigkeit einschließlich kumulativer Einwirkungen ins Hinblick auf laufende und bekannte geplante Tätigkeiten.

(2) Ergibt die Prüfung, daß die Tätigkeit lediglich geringfügige oder vorübergehende Auswirkungen auf die in § 3 Abs. 4 genannten Schutzgüter besorgen läßt, gilt § 4 Abs. 4 entsprechend. Äußert sich das Umweltbundesamt binnen sechs Wochen nach Eingang der Anzeige nicht, gilt dies als Genehmigung.

(3) Tätigkeiten der wissenschaftlichen Forschung in der Antarktis und ihrer Durchführung oder Vorbereitung dienten Tätigkeiten, die lediglich weniger als geringfügige oder vorübergehende Auswirkungen auf die in § 3 Abs. 4 genannten Schutzgüter besorgen läßt, gilt § 4 Abs. 4 entsprechend. Äußert sich das Umweltbundesamt binnen sechs Wochen nach Eingang der Anzeige nicht, gilt dies als Genehmigung.

(4) Bei Prüfung einer Tätigkeit der wissenschaftlichen Forschung oder einer ihrer Durchführung oder Vorbereitung dienen Tätigkeiten, die die Voraussetzungen des § 4 Abs. 3 Nr. 2 oder 3 erfüllt, berücksichtigt das Umweltbundesamt die Beurteilung der Tätigkeit durch eine Kommission unabhängiger wissenschaftlicher Sachverständiger, die vom Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und dem Bundesministerium für Forschung und Technologie gemeinsam bestellt wird. Abweichungen von dieser Beurteilung sind zu begründen.


§ 6
Forschungstätigkeiten

(1) Tätigkeiten der wissenschaftlichen Forschung in der Antarktis und ihrer Durchführung oder Vorbereitung dienen Tätigkeiten, die lediglich weniger als geringfügige oder vorübergehende Auswirkungen gemäß § 4 Abs. 3 Nr. 1 besorgen lassen, sind abweichend von § 3 Abs. 1 dem Umweltbundesamt spätestens 3 Monate vor Beginn schriftlich anzuzeigen. Die Anzeige hat darzulegen, daß die Tätigkeit lediglich weniger als geringfügige oder vorübergehende Auswirkungen auf die Schutzgüter des § 3 Abs. 4 haben wird. § 4 Abs. 1 gilt entsprechend.

(2) Ergibt die Prüfung, daß die angezeigte Tätigkeit lediglich weniger als geringfügige oder vorübergehende Auswirkungen auf die in § 3 Abs. 4 genannten Schutzgüter besorgen läßt, gilt § 4 Abs. 4 entsprechend. Äußert sich das Umweltbundesamt binnen sechs Wochen nach Eingang der Anzeige nicht, gilt dies als Genehmigung.

(3) Tätigkeiten der wissenschaftlichen Forschung in der Antarktis und ihrer Durchführung oder Vorbereitung dienen Tätigkeiten, die geringfügige oder vorübergehende Auswirkungen gemäß § 4 Abs. 3 Nr. 2 oder mehr als geringfügige oder vorübergehende Auswirkungen nach § 4 Abs. 3 Nr. 3 haben, unterliegen der Genehmigungspflicht nach § 3 Abs. 1 dieses Gesetzes. Stellt das Umweltbundesamt fest, daß eine nach Absatz 1 angezeigte Tätigkeit die Voraussetzungen des § 4 Abs. 3 Nr. 2 oder 3 erfüllt, so gilt die Anzeige als Antrag auf Genehmigung nach § 3 Abs. 1.

(4) Bei Prüfung einer Tätigkeit der wissenschaftlichen Forschung oder einer ihrer Durchführung oder Vorbereitung dienen Tätigkeiten, die die Voraussetzungen des § 4 Abs. 3 Nr. 2 oder 3 erfüllt, berücksichtigt das Umweltbundesamt die Beurteilung der Tätigkeit durch eine Kommission unabhängiger wissenschaftlicher Sachverständiger, die vom Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und dem Bundesministerium für Forschung und Technologie gemeinsam bestellt wird. Abweichungen von dieser Beurteilung sind zu begründen.


§ 8
Genehmigungsverfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfung

(1) Tätigkeiten, die mehr als geringfügige oder vorübergehende Auswirkungen erwarten lassen, bedürfen einer Umweltverträglichkeitsprüfung.

(2) Die Umweltverträglichkeitsprüfung ist ein unverzüglicher Teil des Verfahrens zur Erteilung der Genehmigung. Sie dient der Ermittlung, Beschreibung und Bewertung der Auswirkungen der Tätigkeit auf die in § 3 Abs. 4 dieses Gesetzes genannten Schutzgüter. Sie wird unter
Einbeziehung der Öffentlichkeit entsprechend den Vorschriften dieses Gesetzes durchgeführt.

(3) Hierzu hat der Antragsteller eine Untersuchung der Tätigkeit und ihrer Umweltauswirkungen in deutscher und englischer Sprache vorzulegen, die insbesondere folgende Angaben enthalten muß:

1. eine Beschreibung der beabsichtigten Tätigkeit, einschließlich ihres Zwecks, ihres Ortes und voraussichtlichen Auswirkungsbereiches, ihrer Dauer und Intensität sowie eine Beschreibung möglicher Alternativen zu der Tätigkeit einschließlich der Alternative, die Tätigkeit zu unterlassen, und die Folgen dieser Alternativen;

2. eine Beschreibung des Ist-Zustandes der Umwelt im Auswirkungsbereich der Tätigkeit, mit dem voraussagte Veränderungen zu vergleichen sind, und eine Prognose des künftigen Zustandes dieser Umwelt für den Fall der Unterlassung der beabsichtigten Tätigkeit;

3. eine Beschreibung der Methoden und Daten, die verwandt wurden, um die voraussichtlichen Auswirkungen der beabsichtigten Tätigkeit zu ermitteln;

4. eine Beschreibung der Art, des Ausmaßes, der Dauer und Intensität der voraussichtlichen unmittelbaren Auswirkungen der beabsichtigten Tätigkeit;

5. eine Beschreibung der möglichen mittelbaren Auswirkungen der beabsichtigten Tätigkeit;

6. eine Beschreibung der kumulativen Auswirkungen durch die beabsichtigte Tätigkeit im Hinblick auf laufende und bekannte geplante Tätigkeiten;

7. die Angabe von Maßnahmen einschließlich von Überwachungsprogrammen, die getroffen werden könnten, um Auswirkungen durch die beabsichtigte Tätigkeit auf ein Mindestmaß zu beschränken oder zu mildern und unvorhergesehene Auswirkungen festzustellen, und die dazu dienen, frühzeitig Hinweise auf nachteilige Wirkungen der Tätigkeit zu erhalten und schnell und wirksam auf Unfälle zu reagieren;

8. die Angabe der unvermeidbaren Auswirkungen der beabsichtigten Tätigkeit;

9. eine Beschreibung der Wirkungen der beabsichtigten Tätigkeit auf die Durchführung wissenschaftlicher Forschung und auf andere bestehende Nutzungen und Werte;

10. Angaben zu Wissenslücken und Unsicherheiten, die beim Sammeln der nach diesem Absatz erforderlichen Informationen aufgetreten sind;

11. eine allgemeinverständliche Zusammenfassung der nach diesem Absatz zusammengestellten Informationen;

12. Name und Anschrift der Person oder Organisation, die die Untersuchung vorgelegt hat, sowie die Anschrift, an die Stellungnahmen dazu richten sind.

§ 9

Öffentliche Auslegung; Einwendungen


(2) Das Umweltbundesamt hat die Auslegung mindestens drei Wochen vorher im Bundesanzeiger öffentlich bekanntzumachen. In der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen,

1. wo und wann der Antrag auf Erteilung der Genehmigung und die Unterlagen nach § 8 Abs. 3 zur Einsicht ausgelegt sind;

2. daß Einwendungen beim Umweltbundesamt während der Auslegungsfrist zu erheben sind und daß verspätete Einwendungen bei der Erörterung und Entscheidung unberücksichtigt bleiben.

(3) Nach Ablauf der Auslegungsfrist sind die rechtzeitig erhobenen Einwendungen zu dem Genehmigungsantrag mit dem Antragsteller und den Einwendern zu erörtern.

§ 10

Unterrichtung der Parteien des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag und des Ausschusses für Umweltschutz


(2) Die Untersuchung nach § 8 Abs. 3 wird dem Ausschuß für Umweltschutz im Sinne des Artikels 11 des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag übermittelt.

§ 11

Beratung durch eine Konsultativtagung der Vertragsparteien des Antarktis-Vertrages

(1) Über den Antrag auf Genehmigung einer Tätigkeit, die gemäß § 8 einer Umweltverträglichkeitsprüfung bedarf, darf erst entschieden werden, wenn eine Konsultativtagung der Vertragsparteien des Antarktis-Vertrages ausreichend Gelegenheit hatte, die Unterlagen nach § 8 Abs. 3 zu prüfen. Ausreichende Gelegenheit zur Prüfung besteht nur, wenn die Untersuchung nach § 8 Abs. 3 dem Ausschuß für Umweltschutz mindestens einhundertundzwanzig Tage vor Beginn der Konsultativtagung zuging. Das Umweltbundesamt hat vor der Entscheidung die Stellungnahme der Konsultativtagung abzuwarten und diese bei ihrer Entscheidung zu berücksichtigen.

(2) Absatz 1 Satz 1 gilt nicht, wenn binnen 15 Monaten nach Zugang der Unterlagen an den Ausschuß für Umweltschutz keine Konsultativtagung stattfindet oder die Beratung über die Unterlagen in dieser Frist nicht abgeschlossen werden kann.
§ 12
Genehmigung nach Umweltverträglichkeitsprüfung


(2) Sind von der Tätigkeit mehr als nur geringfügige oder vorübergehende Auswirkungen auf die im § 3 Abs. 4 genannten Schutzbögen zu besorgen, darf die Genehmigung nur erteilt werden, wenn durch Auflagen oder Bedingungen sichergestellt werden kann, daß die Anforderungen dieses Gesetzes erfüllt werden.

(3) In der Begründung der Genehmigung ist eine Bewertung der voraussichtlichen Beeinträchtigungen im Vergleich zu den Vorteilen der geplanten Tätigkeit aufzunehmen. Weicht das Umweltbundesamt vom Ergebnis der Untersuchung oder von Stellungnahmen anderer Stellen oder der Konsultativtagung der Antarktis-Vertragsstaaten ab, sind die Gründe hierfür darzustellen. Die Feststellung über die Verkehr- und Betriebssicherheit der Schiffe nach § 5 Abs. 2 bleibt unberührt.

§ 13
Unterrichtung Dritter

(1) Genehmigungen nach § 12 Abs. 2 sind mit Begründung und allen entscheidungserheblichen Unterlagen
1. am Sitz des Umweltbundesamts zur allgemeinen Einsicht bereitzuhalten,

(2) Eine Tätigkeit, für die eine Genehmigung nach § 12 Abs. 2 erteilt worden ist, darf erst nach Ablauf von sechzehn Tagen nach der Übermittlung der in Absatz 1 genannten Unterlagen an die Vertragsparteien des Antarktis-Vertrages begonnen werden.

§ 14
Überwachung und Überprüfung

(1) Das Umweltbundesamt ist zuständig für die Überwachung der Einhaltung dieses Gesetzes und der erteilten Genehmigungen.

(2) Das Umweltbundesamt überprüft in regelmäßigen Abständen, welche Umweltauswirkungen durch Tätigkeiten verursacht werden, die nach § 4, 6, 7 oder 12 dieses Gesetzes zugelassen wurden. Es beurteilt, inwieweit diese Auswirkungen mit dem Umweltschutzprotokoll zum Antarktis-Vertrag in Einklang stehen.

(3) Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für Forschung und Technologie die Ausgestaltung der Überwachung, die Zusammenarbeit mit den anderen Behörden hierbei und die Einsetzung von Umweltbeauftragten bei Tätigkeiten in der Antarktis durch Rechtsverordnung zu regeln.

§ 15
Regelmäßige Unterrichtungen

(1) Dem Ausschuß für Umweltschutz nach Artikel 11 des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag sowie den Vertragsparteien dieses Protokolls sind jährlich
1. eine Beschreibung der Verfahren nach den §§ 3 bis 14,
2. eine Liste der Genehmigungen nach § 7,
3. erhebliche Informationen aufgrund der Überprüfung nach § 14 zu übermitteln.

(2) Das Umweltbundesamt hat die in Absatz 1 genannten Angaben zur allgemeinen Einsicht bereitzuhalten.

§ 16
Umweltverträglichkeitsprüfungen anderer Vertragsparteien

(1) Unterlagen zu Umweltverträglichkeitsprüfungen, die von anderen Vertragsparteien des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag übermittelt werden, sind vom Umweltbundesamt den in § 3 Abs. 8 genannten Stellen zuzuleiten. Diesen ist dabei Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb von drei Tagen zu geben.

(2) Die Unterlagen sind am Sitz des Umweltbundesamtes öffentlich auszulegen. Die Auslegungsfrist beträgt drei Wochen. § 9 Abs. 1 Satz 2 bis 5 und Abs. 2 findet entsprechende Anwendung.

(3) Rechtzeitig abgegebene Stellungnahmen sind an die betreffenden Vertragsparteien weiterzuleiten.

§ 17
Erhaltung der antarktischen Tier- und Pflanzenwelt

(1) Es ist verboten, in der Antarktis
1. Säugetiere oder Vögel zu töten, zu verletzen, zu fangen oder zu berühren oder himische Pflanzen in solchen Mengen zu entfernen oder zu beschädigen, daß Verbreitung oder Dichte dieser Pflanzen erheblich beeinträchtigt wird;
2. auf die in der Antarktis himische Tier- oder Pflanzenwelt schädlich einwirken; als schädliches Einwirken gilt:
   a) das Fliegen oder Landen von Hubschraubern oder sonstigen Luftfahrzeugen in einer Weise, daß Vogel- oder Robbenansammlungen beunruhigt werden;
   b) die Benutzung von Land- und Wasserfahrzeugen, einschließlich von Hovercraft-Schiffen und kleinen Booten in einer Weise, daß Vogel- oder Robbenansammlungen beunruhigt werden;
c) die Verwendung von Sprengstoffen oder Schusswaffen in einer Weise, daß Vogel- oder Robbenansammlungen beunruhigt werden;
d) das absichtliche Beunruhigen brütender Vögel, Vögel in der Mauser oder Vogel- oder Robbenansammlungen durch Menschen zu Fuß;
e) das erhebliche Schädigen von Ansammlungen von Landpflanzen durch das Landen von Luftfahrzeugen, das Fahren von Fahrzeugen, durch Nieder treten oder auf andere Weise;
f) eine sonstige Handlung, die zu einer erheblichen nachteiligen Veränderung des Lebensraums von Arten oder Populationen von Säugetieren, Vögeln, Pflanzen oder Wirbellosen führt.

(2) Das Umweltbundesamt kann im Einzelfall im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Naturschutz im Rahmen des § 3 Abs. 1 Ausnahmen von den Verboten des Absatzes 1 genehmigen. Eine Genehmigung darf nur erteilt werden
1. für die Beschaffung von Exemplaren für wissenschaftliche Untersuchungen oder zur wissenschaftlichen Information oder
2. für die Beschaffung von Exemplaren für Museen, Herbarien, zoologische oder botanische Gärten oder für andere Bildungs- oder Kultureinrichtungen oder entsprechende Nutzungen oder
3. als vorsorgliche Maßnahme hinsichtlich der unvermeidlichen Folgen der Errichtung und des Betriebs wissenschaftlicher Unterstützungseinrichtungen sowie wissenschaftlicher Tätigkeiten, die nicht unter die Nummern 1 und 2 fallen.

(3) Die Erteilung von Genehmigungen ist insoweit zu beschränken, als
1. nicht mehr Säugetiere oder Vögel getötet, verletzt, gefangen oder berührt werden, oder Pflanzen der Natur entnommen werden dürfen, als für die in Absatz 1 genannten Zwecke unbedingt erforderlich ist,
2. nur eine geringe Zahl von Säugetieren oder Vögeln getötet werden darf und – auch im Zusammenwirken mit anderen genehmigten Entnahmen – nur so viele Säugetiere und Vögel einer lokalnen Population getötet werden dürfen wie normalerweise durch natürliche Vermehrung in der folgenden Saison ersetzt werden,
3. die Vielfalt der Arten, die für diese Arten wesentlichen Lebensräume, sowie das Gleichgewicht der in der Antarktis vorhandenen Ökosysteme erhalten bleiben.

(4) Alle Arten der Gattung Arctocephalus (Pelzrobben) und Ommatophoca rossii (Ross-Robben) stehen unter besonderem Schutz. Eine Genehmigung für das Töten, Verletzen, Fangen oder Berühren dieser Arten ist nur für einen zwingenden wissenschaftlichen Zweck erteilt werden, wenn das Überleben oder die Erholung der Art oder der örtlichen Population nicht gefährdet und, soweit möglich, Methoden angewandt werden, die nicht zum Tod führen.

(5) Die Genehmigung hat ausstehende Behörde und Genehmigungsempfänger sowie Ort und Zeitpunkt der genehmigten Tätigkeit zu benennen.

(6) Jedes Töten, Verletzen, Fangen oder Berühren von Säugetieren oder Vögeln hat so zu erfolgen, daß Schmerzen und Leiden der Tiere so weit wie möglich vermieden werden.


§ 18

Verbreiten von Tieren und Pflanzen in die Antarktis

(1) Es ist verboten, Hunde in die Antarktis zu verbringen.

(2) Wer Erde oder Tiere oder Pflanzen, die in der Antarktis nicht heimisch sind, auf das Land oder das Schelfeis bringt oder in das Wasser einbringt, bedarf der Genehmigung.


(6) Wer nichtheimische Tiere oder Pflanzen oder Erde ohne Genehmigung in die Antarktis verbringt oder vor Inkrafttreten dieses Gesetzes in die Antarktis verbracht hat, hat diese unverzüglich zu entfernen oder durch Verbrennung keimfrei zu entsorgen. Ausnahmen darf das Umweltbundesamt nur genehmigen, wenn die Exemplare für die heimische Tier- und Pflanzenwelt keine Gefahr darstellen.

§ 19

Ausfuhrüberwachung


§ 20
Verbringen von Stoffen und Erzeugnissen
Polystyrolkugelchen, Polystyrolspäne oder ähnlich beschaffenes Verpackungsmaterial sowie Polychlorbiphenylen (PCBs) und Schädlingbekämpfungsmittel dürfen nicht auf das Land oder das Schelfeis verbracht oder in das Wasser eingebracht werden.

§ 21
Grundsätze der Vermeidung und Entsorgung von Abfällen
(1) Die Entstehung und Entsorgung von Abfällen in der Antarktis sind soweit wie möglich zu vermeiden.
(2) Außerhalb der Antarktis erzeugte Abfälle dürfen nicht in der Antarktis entsorgt werden.
(3) Die Ablagerung von Abfällen auf eisfreien Landflächen und in Frischwassersystemen ist verboten. In Frischwassersystemen ist auch die Lagerung verboten.
(4) Abfälle, die aus der Antarktis entfernt werden, sind in die Bundesrepublik Deutschland oder in ein anderes Land zu verbringen, in dem Vorkehrungen für ihre Beseitigung im Einklang mit einschlägigen internationalen Übereinkommen getroffen worden sind. Soweit sie in die Bundesrepublik Deutschland verbracht werden, bleibt § 13 des Abfallgesetzes unberührt. § 14 Abs. 3 der Strahlenschutzverordnung findet keine Anwendung.

§ 22
Entfernung von Abfällen aus der Antarktis
(1) Die folgenden in der Antarktis erzeugten Abfälle sind aus der Antarktis zu entfernen:
1. radioaktive Stoffe im Sinne des Atomgesetzes,
2. elektrische Batterien,
3. feste und flüssige Brennstoffe,
4. Abfälle mit einem schädlichen Gehalt an Schwermetallen oder mit hochtoxischen oder sonst schädlichen beständigen Verbindungen,
5. Polyvinylchlorid (PVC), Polyurethan, Polystyrolschaum, Gummi, Schmieröle, behandeltes Nutzholz und sonstige Erzeugnisse, die Zusatzstoffe enthalten, welche bei Verbrennung schädliche Emissionen hervorrufen können.
6. alle anderen Kunststoffabfälle; ausgenommen hiervon sind Behälter aus welchem Polyethylen, die gemäß § 23 Abs. 1 verbrannt werden,
7. Brennstofflässer,
8. sonstige feste nichtbrennbare Abfälle,
9. Rückstände von Kadavern eingebrachter Tiere,
10. Laboratoriumskulturen von Mikroorganismen und Erregern von Pflanzenkrankheiten,
11. eingebrachte Vogelprodukte.
(2) Die Pflicht nach Absatz 1 gilt nicht für Abfälle nach Absatz 1 Nr. 9 bis 11, wenn sie verbrannt, in Autoklaven behandelt oder auf andere Weise keimfrei gemacht werden. Sie gilt ebenfalls nicht für Abfälle im Sinne des Absatzes 1 Nr. 7 und 8, wenn die Entfernung dieser Abfälle größere Umweltbeeinträchtigungen zur Folge hätte, als wenn sie an Ort und Stelle verbleiben.
(3) Es ist verboten, sich der in Absatz 1 genannten Abfälle in der Antarktis zu entledigen.

§ 23
Abfallverbrennung
(1) Brennbare Abfälle, die nicht aus der Antarktis entfernt werden, sind in Abfallverbrennungsanlagen so zu behandeln, daß schädliche Emissionen soweit wie möglich vermieden werden. Die bei der Verbrennung entstehenden festen Rückstände sind Abfälle im Sinne des § 22 Abs. 1 Nr. 8.
(2) Die Verbrennung von Abfällen im Freien ist verboten.
(3) Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit wird ermächtigt, unter Berücksichtigung der einschlägigen Empfehlungen des Ausschusses für Umweltschutz nach Artikel 11 des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag und des Wissenschaftlichen Ausschusses für Antarktisforschung (Scientific Committee on Antarctic Research) durch Rechtsverordnung Emissionsgrenzwerte und technische Anforderungen an Anlagen im Sinne des Absatzes 1 festzulegen.

§ 24
Entsorgung flüssiger Abfälle
(1) In der Antarktis erzeugte flüssige Haushaltsabfälle oder andere flüssige, nicht in § 22 Abs. 1 aufgezählte Abfälle, sind soweit wie möglich aus der Antarktis zu entfernen.
(2) Soweit die Abfälle im Sinne des Absatzes 1 in der Antarktis entsorgt werden dürfen, ist die Entsorgung auf eisfreien Landflächen, auf Meereis, Schelfeis und Festlandeis verboten. Für Stoffe, die von Stationen erzeugt wurden, die auf Schelfeis oder Festlandeis errichtet sind, gilt Satz 1 nicht, wenn die Stoffe in tiefen Eisgruben entsorgt werden und dies die einzig mögliche Art der Entsorgung ist. Diese Gruben dürfen nicht auf bekannten Eisfließlinien liegen, die in eisfreien Gebieten oder in Gebieten mit hoher Abschmelztätigkeit enden.
(3) Die Entsorgung von Abfällen im Sinne des Absatzes 1 in das Meer bedarf der Genehmigung.

§ 25
Feldlager
In Feldlagern erzeugte Abfälle sind soweit irgend möglicherweise zu den Unterstützungsstationen oder -schiffen zur Entsorgung zu bringen.
§ 26
Abfalllägerung

Alle aus der Antarktis zu entfernenden oder anderweitig zu entsorgenden Abfälle sind so zu lagern, daß sie nicht in die Umwelt gelangen können.

§ 27
Arbeitsstätten und Abfallagerstätten

(1) Frühere und bestehende Abfallagerstätten an Land und aufgegebene Arbeitsstätten sind vorbehaltlich des Absatzes 2 von den Erzeugern der Abfälle und den Benutzern der Anlagen und Stätten zu reinigen. Dies gilt nicht, soweit die Entfernung von Bauwerken oder Abfällen größere Umweltbeeinträchtigungen zur Folge hätte, als wenn die Bauwerke oder Abfälle an Ort und Stelle verbleiben.

(2) Bauwerke, die als historische Stätten oder Denkmale bezeichnet sind, dürfen nicht entfernt oder verändert werden.

§ 28
Planung

(1) Das Umweltbundesamt erstellt im Benehmen mit dem Alfred-Wegener-Institut ein System der Abfallklassifikation, um Abfälle, die bei Tätigkeiten der in § 3 Abs. 1 genannten Personen in der Antarktis anfallen, dokumentieren zu können und um Untersuchungen über die Umweltauswirkungen wissenschaftlicher Tätigkeiten einschließlich von Unterstützungstätigkeiten zu erleichtern. Dieses System teilt die Abfälle mindestens in folgende Gruppen ein:

1. Abwässer und flüssige Haushaltsabfälle (Gruppe 1),
2. sonstige flüssige Abfälle und Chemikalien, einschließlich Brennstoffe und Schmierröhrchen (Gruppe 2),
3. zu verbrennende feste Abfälle (Gruppe 3),
4. sonstige feste Abfälle (Gruppe 4),
5. radioaktive Stoffe (Gruppe 5).

(2) Das Umweltbundesamt stellt im Benehmen mit dem Alfred-Wegener-Institut für das Gebiet der Antarktis Pläne über Abfallverringerung und -entsorgung auf und schreibt sie jährlich fort. Diese Pläne enthalten für jede feste Station, für jedes Schiff und in allgemeiner Form für Feldlager:

1. Programme zur Reinigung bestehender Abfallagerstätten und aufgegebener Arbeitsstätten,
2. Angaben über laufende und geplante Vorkehrungen zur Abfallentsorgung,
3. laufende und geplante Vorkehrungen zur Analyse der Umweltauswirkungen von Abfällen und Abfallentsorgung,
4. sonstige laufende und geplante Maßnahmen mit dem Ziel, die Umweltauswirkungen von Abfällen und Abfallentsorgung auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Für kleine Boote, die beim Betrieb einer festen Station oder eines Schiffes benutzt werden, sind keine gesonderten Angaben nach Satz 2 Nr. 1 bis 4 erforderlich.

(3) Bei der Erstellung der Pläne sind bestehende Pläne über Abfallverringerung und -entsorgung für Schiffe und Stationen zu berücksichtigen.

(4) Das Umweltbundesamt erstellt, soweit möglich, ein Verzeichnis der Orte früherer Tätigkeiten, das unter anderem Durchquerungsweges, Brennstoffdepots, Feldbasen, Luftfahrzeugrumpfen und ähnliches angibt.


(6) Für jede Station und Arbeitsstätte ist eine geeignete Person zum Abfallbeauftragten zu bestellen. Der Abfallbeauftragte überwacht die Durchführung der Pläne über Abfallverringerung und -entsorgung und unterbreitet Vor schläge für ihre Fortschreibung; er übermittelt dem Umweltbundesamt jährlich die Angaben, die dieses zur Erfüllung der Aufgaben nach den Absätzen 1 und 2 benötigt.

§ 29
Schutz und Verwaltung von Gebieten, historischen Stätten und Denkmälern

(1) Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den Bundesministern für Forschung und Technologie und für Wirtschaft durch Rechtsverordnung entsprechend den Empfehlungen der Konsultativtagung des Antarktis-Vertrages

1. besonders geschützte Gebiete im Sinne des Artikels 3 der Anlage V des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag,
2. besonders verwaltete Gebiete im Sinne des Artikels 4 der Anlage V des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag,
3. historische Stätten und Denkmäler im Sinne des Artikels 8 der Anlage V des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag
zu benennen.

(2) Wer die in Rechtsverordnungen nach Absatz 1 Nr. 1 genannten Gebiete betritt, befährt oder überfährt, bedarf der Genehmigung.

(3) Das Beschädigen, Entfernen oder Zerstören von in Rechtsverordnungen nach Absatz 1 Nr. 3 genannten historischen Stätten und Denkmälern ist verboten.

§ 30
Genehmigungen

(1) Das Umweltbundesamt kann Ausnahmen von dem Verbot nach § 29 Abs. 2 genehmigen, wenn die vom Antragsteller beantragte Tätigkeit den Anforderungen des Verwaltungsplans entspricht, der gemäß Artikel 5 der Anlage V des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Ver trag von der Konsultativtagung der Antarktis-Vertragsstaaten für das Gebiet erstellt wurde. Der Genehmigung sind die einschlägigen Abschnitte des Verwaltungsplans beizufügen. Sie enthält Angaben über Größe und Lage des Gebiets, benennt die genehmigten Tätigkeiten, Genehmig-
rium für Verkehr, dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und dem Bundesministerium für Forschung und Technologie zuständig für die Durchführung von Inspektionen gemäß Artikel 14 des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag und die Erstellung der Inspektionsberichte.

(2) Das Auswärtige Amt versendet die nach Absatz 1 erstellten Inspektionsberichte und gibt Stellungnahmen gemäß Artikel 14 Abs. 4 des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag zu den Inspektionsberichten anderer Vertragsparteien des Antarktis-Vertrages ab.


§ 35
Kostenregelung

(1) Für Amtshandlungen nach diesem Gesetz und nach den auf diesem Gesetz beruhenden Rechtsverordnungen werden Gebühren und Auslagen erhoben.


§ 36
Bußgeldvorschriften

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. ohne Genehmigung nach § 3 Abs. 1 eine Tätigkeit in der Antarktis durchführt;

2. einer Rechtsverordnung nach § 5 Abs. 7 zuwiderhandelt, soweit sie für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist;

3. entgegen § 17 Abs. 1 Nr. 1 ein Tier tötet, verletzt, fängt oder berührt oder Pflanzen entführt oder beschädigt;

4. entgegen § 17 Abs. 1 Nr. 2 auf die Tier- und Pflanzenwelt schädlich einwirkt;

5. entgegen § 18 Abs. 1 oder 4 Satz 1 einen Hund, lebendes Geflügel oder einen anderen lebenden Vogel in die Antarktis bringt;

6. ohne Genehmigung nach § 18 Abs. 2 Erde oder ein Tier oder eine Pflanze auf das Land oder das Schelfeis bringt oder in das Wasser einbringt;

7. entgegen § 18 Abs. 4 Satz 3 geschlachtetes Geflügel in die Antarktis bringt.
8. entgegen § 18 Abs. 5 Satz 2 Erde, ein Tier oder eine Pflanze nicht entfernt oder durch Verbrennung keimfrei entsorgt;
9. entgegen § 20 Polystyrolkugelchen, Polystyrolspäne oder ähnlich beschaffenes Verpackungsmaterial, Polychlorbiphenyle (PCBs) oder Schädlingsbekämpfungsmittel auf das Land oder das Schelfeis verbringt oder in das Wasser einbringt;
10. entgegen § 21 Abs. 2 Abfälle entsorgt;
11. entgegen § 21 Abs. 3 Abfälle ablagert oder lagert;
12. entgegen § 22 Abs. 3 sich Abfällen entledigt;
13. entgegen § 23 Abs. 2 Abfälle im Freien verbrennt;
14. entgegen § 24 Abs. 2 Abfälle auf eisfreien Landflächen, auf Meereis, Schelfeis oder Festlandseis entsorgt;
15. ohne Genehmigung nach § 24 Abs. 3 Abfälle ins Meer entsorgt;
16. entgegen § 26 Abfälle so lagert, daß sie in die Umwelt gelangen;
17. ohne Genehmigung nach § 29 Abs. 2 in der Rechtsverordnung nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 genannte Gebiete betritt, befährt oder überfährt;
18. entgegen § 29 Abs. 3 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 29 Abs. 1 Nr. 3 eine historische Stätte oder ein Denkmal beschädigt, entfernt oder zerstört;
19. entgegen § 32 Abs. 1 Gebiete prospektiert oder Bodenschätze exploriert, erschließt oder gewinnt oder
20. entgegen § 34 Abs. 3 Beobachtern keinen Zugang gewährt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 bis 6, 8 bis 16, 18 und 19 mit einer Geldbuße bis zu einhunderttausend Deutsche Mark und in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 7, 17 und 20 mit einer Geldbuße bis zu zwanzigtausend Deutsche Mark geahndet werden.

(3) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 2 auch dann geahndet werden, wenn sie auf oder von einem Schiff aus begangen wird, das nicht rechtzeitig ist, die Bundesflagge zu führen.

(4) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1, 3 bis 20 das Umweltbundesamt und in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 2 das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie.

§ 37

Strafvorschriften

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine in § 36 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 oder 9 bis 19 bezeichnete Handlung gewerbs- oder gewohnheitsmäßig begeht.

(2) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine in § 36 Abs. 1 Nr. 1 bis 16 oder 19 bezeichnete Handlung begeht und dadurch die Gesundheit eines anderen gefährdet oder ihm nicht gehörende Tiere, Pflanzen oder andere fremde Sachen von bedeutendem Wert in der Antarktis nachhaltig schädigt.

(3) Der Versuch ist strafbar.

(4) Wer in den Fällen des Absatzes 2 die Gefahr oder die Schädigung fahrlässig verursacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten nicht, wenn die Tat nach § 324, 326, 330 oder 330a des Strafgesetzbuches mit gleicher oder schwererer Strafe bedroht ist.

§ 38

Einziehung

Ist eine Ordnungswidrigkeit nach § 36 oder eine Straftat nach § 37 begangen worden, so können Gegenstände, die zu ihrer Begehung oder Vorbereitung gebracht worden oder bestimmt gewesen sind, eingezogen werden. § 23 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten und § 74a des Strafgesetzbuches sind anzuwenden.

§ 39

Schiedsverfahren

Das Auswärtige Amt ist zuständig für das im Anhang des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag geregelte Schiedsverfahren.

§ 40

Berichtspflicht

Die Erarbeitung des jährlichen Berichts nach Artikel 17 des Umweltenschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag obliegt dem Umweltbundesamt.

§ 41

Notfälle

(1) Die Regelungen dieses Gesetzes finden keine Anwendung in Notfällen, in denen der Schutz von Menschenleben oder die Sicherheit von Schiffen, Luftfahrzeugen oder hochwertigen Ausrüstungen oder Einrichtungen, oder der Schutz der Umwelt

a) eine Tätigkeit im Sinne des § 3 Abs. 1 erfordern, bevor das in diesem Gesetz festgelegte Verfahren abgeschlossen ist, oder
b) eine nach den §§ 17 bis 31 verbotene Tätigkeit erfordern.

(2) Die Unterrichtung der übrigen Mitgliedstaaten des Antarktis-Vertrages und des Ausschusses für Umweltschutz über Tätigkeiten gemäß Artikel 7 Abs. 2 der Anlage I des Umweltenschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag erfolgt durch das Umweltbundesamt.

(3) Wer in der Antarktis eine Tätigkeit nach Absatz 1 durchführt, hat dem Umweltbundesamt unverzüglich die für die Unterrichtung nach Absatz 2 notwendigen Angaben zu machen.

§ 42

Inkrafttreten

(1) § 5 Abs. 7 und § 6 Abs. 5 dieses Gesetzes treten am Tage nach der Verkündung in Kraft. Im übrigen tritt dieses Gesetz an dem Tage in Kraft, an dem das Umweltenschutzprotokoll vom 4. Oktober 1991 zum Antarktis-Vertrag für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt.

(2) Der Tag des Inkrafttretens ist im Bundesgesetzausschlag bekanntzugeben.
Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 22. September 1994

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Der Bundesminister
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Klaus Töpfer

Der Bundesminister
für Forschung und Technologie
Paul Krüger
Fünftes Gesetz zur Änderung der Bundesaushaltsordnung

Vom 22. September 1994

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1


1. § 29 Abs. 2 Satz 1 wird wie folgt geäufiä:
   „Einnahmen, Ausgaben, Verpflichtungsermächtigungen und Vermerke, die das Bundesministerium der Finanzen in den Entwurf des Haushaltsplans nicht aufgenommen hat, unterliegen auf Antrag des zuständigen Bundesministers der Beschlußfassung der Bundesregierung, wenn es sich um Angelegenheiten von grundsätzlicher oder erheblicher finanzieller Bedeutung handelt.“

2. § 37 Abs. 1 wird wie folgt geäufiä:
   „(1) Überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben bedürfen der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen. Sie darf nur im Falle eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedarfs erteilt werden. Als unabweisbar ist ein Bedarf insbesondere nicht anzusehen, wenn nach Lage des Einzelfalles ein Nachtragshaushaltsgesetz rechtzeitig herbeigeführt oder die Ausgabe bis zum nächsten Haushaltsgericht zurückgestellt werden kann. Eines Nachtragshaushaltsgesetzes bedarf es nicht, wenn die Mehrausgabe im Einzelfall einen im Haushaltsplanfeststellenden Betrag nicht überschreitet oder wenn Rechtsverpflichtungen zu erfüllen sind. § 8 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft bleibt unberührt.“

3. § 38 Abs. 1 wird nach Satz 1 wie folgt geäufiä:
   „Im Falle eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedarfs kann das Bundesministerium der Finanzen Ausnahmen zulassen; § 37 Abs. 1 Satz 3 ist entsprechend anzuwenden. Eines Nachtragshaushaltsgesetzes bedarf es nicht, wenn im Einzelfall der Gesamtbetrag der überplanmäßigen oder außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung einen im Haushaltsplan festzulegenden Betrag nicht überschreitet oder wenn Rechtsverpflichtungen zu erfüllen sind.“

4. Dem § 44 wird folgender Absatz 3 angefügt:
   „(3) Juristischen Personen des privaten Rechts kann mit ihrem Einverständnis die Befugnis verliehen werden, Verwaltungsaufgaben auf dem Gebiet der Zuwiderhungen im eigenen Namen und in den Handlungsmögen des öffentlichen Rechts wahrzunehmen, wenn sie die Gewähr für eine sachgerechte Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben bieten und die Beleihung im öffentlichen Interesse liegt. Die Verleihung und die Entziehung der Befugnis obliegen dem zuständigen Bundesministerium; die Verleihung bedarf der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen. Die Beliehenen unterliegt der Aufsicht des zuständigen Bundesministeriums; dieses kann die Aufsicht auf nachgeordnete Behörden übertragen.“

5. § 91 wird wie folgt geändert:
   a) Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
      „Der Bundesrechnungshof ist vorbehaltlich anderer gesetzlicher Regelung berechtigt, bei Stellen außerhalb der Bundesverwaltung zu prüfen, wenn sie
      1. Teile des Bundesaushaltsplans ausführen oder vom Bund Ersatz von Aufwendungen erhalten,
      2. Bundesmittel oder Vermögensgegenstände des Bundes verwalten,
      3. vom Bund Zuwendungen erhalten oder
      4. als juristische Personen des privaten Rechts, an denen der Bund einschließlich seiner Sondervormögen unmittelbar oder mittelbar mit Mehrheit beteiligt ist, nicht im Wettbewerb stehen, bestimmungsgemäß ganz oder überwiegend öffentliche Aufgaben erfüllen oder diesem Zweck dienen und hierfür Haushaltsmittel oder Gewährleistungen des Bundes oder eines seiner Sondervormögen erhalten.“
   b) Es wird folgender neuer Absatz 4 eingefügt:
      „(4) Bei den juristischen Personen im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 4 erstreckt sich die Prüfung auf die gesamte Haushalts- und Wirtschaftsführung. Handelt es sich bei der juristischen Person des privaten Rechts im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 4 um ein Unternehmen, erfolgt die Prüfung unter Beachtung kaufmännischer Grundsätze. Die Vorprüfung durch diejenige Person, die für Beteiligung des Bundesministeriums oder Sondervormögen unterstützt den Bundesrechnungshof bei seiner Prüfung; § 94 Abs. 1, § 95 gelten entsprechend.“

6. § 96 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt geäufiä:
   „Er kann es auch anderen Dienststellen und dem Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages mitteilen, soweit er dies aus besonderen Gründen für erforderlich hält.“

7. § 116 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt geäufiä:
   „Soweit dieses Gesetz in anderen Fällen Befugnisse des Bundesministeriums der Finanzen enthält, kann der zuständige Bundesminister über die Maßnahme des Bundesministeriums der Finanzen entscheiden. Die Entscheidung der Bundesregierung entscheidet anstelle des Bundesministeriums der Finanzen endgültig.“

8. In den §§ 4, 5, 10a Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 Satz 1, § 18 Abs. 2 Satz 1, § 24 Abs. 4 Satz 2, § 26 Abs. 3 Satz 2, § 27 Abs. 1, § 28 Abs. 1 und 3, §§ 31, 36, 37 Abs. 6
Satz 2, § 38 Abs. 2, 3 und 4 Satz 2, § 39 Abs. 2 und 3 Satz 2, § 40 Abs. 1 Satz 1, §§ 41, 43, 44a Abs. 3 Satz 3, § 45 Abs. 2 Satz 3, Abs. 3 und 4, §§ 48, 50 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 und 5, § 52 Satz 3, § 54 Abs. 1 Satz 2, § 56 Abs. 2, § 57 Satz 1 und 2, §§ 58, 59 Abs. 1 und 2, § 60 Abs. 1 Satz 2, § 61 Abs. 2, § 63 Abs. 4, § 64 Abs. 1 und 4 Satz 2, § 65 Abs. 2 Satz 1 und 3, Abs. 3 Satz 1 und 2, Abs. 4, 5 Satz 2 und Abs. 6, §§ 66, 67 Satz 1, §§ 68, 69, 70, 71 Abs. 1 Satz 2, § 72 Abs. 1 Satz 2, § 73 Abs. 1 Satz 2, § 74 Abs. 2 und 3 Satz 2, § 76 Abs. 1 Satz 2, § 77 Satz 2, § 78 Satz 2, § 79 Abs. 2 bis 5, § 80 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3, § 87 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2, § 88 Abs. 2 Satz 1, § 96 Abs. 2, § 97 Abs. 4, § 100 Abs. 2 Satz 2, § 103 Abs. 3, § 105 Abs. 2, § 108 Satz 1 bis 3, § 109 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3, § 111 Abs. 2 Satz 2, § 112 Abs. 1 Satz 2, § 114 Abs. 1 Satz 1, § 116 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 werden jeweils die Wörter
a) „der Bundesminister“ durch „Das Bundesministerium“, 
b) „der Bundesminister“ durch „das Bundesministerium“, 
c) „des Bundesministers“ durch „des Bundesministeriums“, 
d) „dem Bundesminister“ durch „dem Bundesministerium“, 
e) „den Bundesminister“ durch „das Bundesministerium“, 
f) „Die Bundesminister“ durch „Die Bundesministerien“, 
g) „die Bundesminister“ durch „die Bundesministerien“, 
h) „beim Bundesminister“ durch „beim Bundesministerium“, 
i) „vom Bundesminister“ durch „vom Bundesministerium“, 
j) „Er“ durch „Es“, 
k) „Dieser“ durch „Dieses“ ersetzt.

Artikel 2


Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 22. September 1994

Der Bundespräsident  
Roman Herzog

Der Bundeskanzler  
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister der Finanzen  
Theo Waigel
Gesetz
über die Feststellung des Wirtschaftsplans
des ERP-Sondervermögens für das Jahr 1995
(ERP-Wirtschaftsplangesetz 1995)

Vom 22. September 1994

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

§ 2
(1) Das Bundesministerium für Wirtschaft wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für das Jahr 1995 Kredite in Höhe von 6 877 530 000 Deutsche Mark aufzunehmen.

(2) Dem Kreditrahmen nach Absatz 1 wachsen die Beträge zur Tilgung von im Jahr 1995 fällig werdenden Krediten zu, deren Höhe sich aus der Finanzierungsübersicht (Teil II des Gesamtplans) ergibt.


§ 3
Das Bundesministerium für Wirtschaft wird ermächtigt, Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von zwanzig vom Hundert des in § 1 festgestellten Betrages aufzunehmen.

§ 4
Wird gegenüber dem ERP-Wirtschaftsplan infolge eines unvorhergesehenen und unabsehbaren Bedürfnisses eine Mehrausgabe erforderlich (Artikel 112 des Grundgesetzes), so bedarf es eines Nachtragshaushalts nicht, wenn die Mehrausgabe im Einzelfall einen Betrag von 5 000 000 Deutsche Mark nicht überschreitet oder wenn Rechtsverpflichtungen zu erfüllen sind.

§ 5
(1) Das Bundesministerium für Wirtschaft wird ermächtigt, mit Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft einschließlich der Freien Berufe bis zum Gesamtbetrag von 700 000 000 Deutsche Mark zu Lasten des ERP-Sondervermögens zu übernehmen.

(2) Auf den Höchstbetrag nach Absatz 1 werden die auf Grund der Ermächtigungen der früheren Wirtschaftsplangesetze übernommenen Gewährleistungen angerechnet, soweit das ERP-Sondervermögen noch in Anspruch genommen werden kann oder in Anspruch genommen worden ist und für die erbrachten Leistungen keinen Ersatz erlangt hat.


(4) Soweit das ERP-Sondervermögen ohne Inanspruchnahme von seiner Haftung frei wird oder Ersatz für erbrachte Leistungen erlangt hat, ist eine übernommene Gewährleistung auf den Höchstbetrag nicht mehr anzurechnen.

§ 6
Die in Kapitel 1 Titel 681 01 und 681 02 veranschlagten Beträge und Verpflichtungsermächtigungen sind von der Begrenzung der in § 2 des Gesetzes über die Verwaltung des ERP-Sondervermögens festgelegten Zweckbestimmung ausgenommen.

§ 7
Die im Wirtschaftsplan veranschlagten Mittel können unter Einschaltung der Hauptleihinstitute Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, und Deutsche Ausgleichsbank, Bonn, vergeben werden.

§ 8
Die §§ 2 bis 7 gelten bis zum Tage der Verkündung des ERP-Wirtschaftsplangesetzes 1996 weiter.

§ 9
Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 22. September 1994

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Wirtschaft
Rexrodt

Der Bundesminister der Finanzen
Theo Waigel
Gesamtplan
des ERP-Sondervermögens 1995

Teil I: Wirtschaftsplan nach § 7 des Gesetzes über die Verwaltung des ERP-Sondervermögens vom 31. August 1953
mit Anlage: Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen

Teil II: Finanzierungsübersicht

Teil III: Kreditfinanzierungsplan

Anlage: Nachweisung des ERP-Sondervermögens nach dem Stand vom 31. Dezember 1993

Teil I
Wirtschaftsplan

nach § 7 des Gesetzes über die Verwaltung des ERP-Sondervermögens vom 31. August 1953

Kapitel 1 (Ausgaben): Investitionsfinanzierung
Kapitel 2 (Ausgaben): Exportfinanzierung
Kapitel 3 (Ausgaben): Sonstige Ausgaben
Kapitel 4 (Einnahmen): Einnahmen
### Ausgaben

Die im Wirtschaftsplan veranschlagten Mittel werden nach Maßgabe von Einzelrichtlinien von den Hauptleitinstituten vergeben.

<table>
<thead>
<tr>
<th>Titel und Funktion</th>
<th>Zweckbestimmung</th>
<th>Betrag für 1995 1.000 DM</th>
<th>Betrag für 1994 1.000 DM</th>
<th>Ist-Ergebnis 1993 1.000 DM</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>862 01-691 Finanzierungshilfen zur Leistungssteigerung kleiner und mittlerer privater Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft</td>
<td></td>
<td>11 140 000</td>
<td>11 370 000</td>
<td>8 176 792*</td>
</tr>
<tr>
<td>Verpflichtungs ermächtigung</td>
<td>1 889 600 000 DM</td>
<td>fällig im Jahr 1996</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>862 02-330 Finanzierungshilfen an private Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft zur Förderung von Investitionen für Umweltschutz und Energie einsparung</td>
<td></td>
<td>2 430 000</td>
<td>2 430 000</td>
<td>1 175 295</td>
</tr>
<tr>
<td>Verpflichtungsermächtigung</td>
<td>765 000 000 DM</td>
<td>davon fällig:</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Jahr 1996 bis zu</td>
<td>380 000 000 DM</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Jahr 1997 bis zu</td>
<td>385 000 000 DM</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>681 01-029 Dankesspende</td>
<td></td>
<td>10 000</td>
<td>10 000</td>
<td>10 000</td>
</tr>
<tr>
<td>681 02-029 Gewährung von Stipendien an Studenten und junge Wissenschaftler</td>
<td></td>
<td>3 500</td>
<td>1 600</td>
<td>150</td>
</tr>
<tr>
<td>Verpflichtungsermächtigung</td>
<td>23 000 000 DM</td>
<td>davon fällig:</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Jahr 1996 bis zu</td>
<td>3 500 000 DM</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Jahr 1997 bis zu</td>
<td>6 500 000 DM</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Jahr 1998 bis zu</td>
<td>6 500 000 DM</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Jahr 1999 bis zu</td>
<td>6 500 000 DM</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Die Ausgaben sind übertragbar.

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th>Gesamtausgaben</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Gesamtausgaben</td>
<td>13 583 500</td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamtausgaben</td>
<td>13 811 600</td>
</tr>
</tbody>
</table>

*) Auflistung nach Funktionsziffern am Schluß von Teil I.

### Abschluß

| Zuweisungen und Zuschüsse | 13 500 | 11 600 |
| Ausgaben für Investitionen | 13 570 000 | 13 800 000 |

| Gesamtausgaben | 13 583 500 |
| Gesamtausgaben | 13 811 600 |
Investitionsfinanzierung

Erläuterungen

Zu Tit. 862 01

Im einzelnen sind Darlehen vorgesehen für:

a) Vorhaben in regionalen Fördergebieten ..... 1 300 Mio DM
b) Existenzgründungen .......................... 6 340 Mio DM
c) mittelständische Bürgschaftsbanken sowie Refinanzierung privater Kapitalbeteiligungsgesellschaften .......................... 300 Mio DM
d) Aufbauinterventionen ....................... 3 200 Mio DM

Wenn es die Kreditnachfrage erfordert, können Verschiebungen zwischen den einzelnen Bereichen vorgenommen werden.

Entsprechend der vorstehenden Aufteilung können Darlehen für folgende Zwecke gewährt werden:

a) Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmen in den Gebieten der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in den alten Bundesländern und Berlin (West), soweit diese Unternehmen nicht Mittel aus dem Bundeshaushalt (Kapitel 09 02 Titel 882 82) erhalten.

120 Mio DM sind aufgrund früherer Verpflichtungsermächtigungen zugesagt.


1 369,6 Mio DM sind aufgrund früherer Verpflichtungsermächtigungen zugesagt.

c) Refinanzierungen von privaten Kapitalbeteiligungsgesellschaften, um kleinen und mittleren Unternehmen die Beschaffung von haftendem Kapital zu erleichtern sowie ERP-Darlehen an mittelständische Bürgschaftsbanken zur Übernahme von Bürgschaften bei der Kreditnahme kleiner und mittlerer Unternehmen und Angehöriger Freier Berufe.

400 Mio DM sind aufgrund früherer Verpflichtungsermächtigungen zugesagt.

d) Allgemeine Aufbauinterventionen bestehender kleiner und mittlerer Unternehmen in den neuen Bundesländern zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen.

460 Mio DM sind aufgrund früherer Verpflichtungsermächtigungen zugesagt.

Zu Tit. 862 02
Im einzelnen sind Darlehen vorgesehen für:

a) Investitionen für Luftreinhal tung .................. 600 Mio DM
b) Investitionen für Abfallwirtschaft .................. 690 Mio DM
c) Investitionen für Abwasserreinigung .................. 430 Mio DM
d) Investitionen für rationale Energieverwendung .................. 710 Mio DM

Wenn es die Kreditnachfrage erfordert, können Verschiebungen zwischen den einzelnen Bereichen vorgenommen werden.

Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen dürfen auch für umweltfreundliche Produktionsanlagen verwendet werden.

Entsprechend der vorstehenden Aufteilung können Darlehen für folgende Zwecke gewährt werden:

a) Errichtung und Erweiterung von Anlagen zur Luftreinhal tung sowie zur Reduzierung von Lärm, Geruch und Erschütterungen in Betrieben der gewerblichen Wirtschaft,

b) Errichtung und Einrichtung von Anlagen der Abfallwirtschaft,

c) Bau von Abwasserreinigungsanlagen,

d) Maßnahmen zur Energieeinsparung, rationellen Energieverwendung bzw. zum Einsatz regenerativer Energien.

595 Mio DM sind aufgrund früherer Verpflichtungsermächtigungen zugesagt.

Zu Tit. 681 01

Die Zahlung der Dankesspende in Höhe des Ansatzes ist auf Grund einer Verpflichtungsermächtigung aus dem Jahr 1986 zugesagt.

Zu Tit. 681 02

300 000 DM des veranschlagten Baransatzes sind als Zuschuß an die Studienstiftung des deutschen Volkes für die Fortführung der McCoy-Stipendienvergabe bestimmt.

Ferner soll deutschen Studenten höherer Semester die Möglichkeit gegeben werden, ihre Ausbildung an einer führenden Hochschule der Vereinigten Staaten von Amerika fortzusetzen. Hierfür sind 700 000 DM als Baransatz und 15 Mio DM als Verpflichtungsermächtigung vorgesehen.

## Kap. 2

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td>1 000 DM</td>
<td>1 000 DM</td>
<td>1 000 DM</td>
</tr>
<tr>
<td>1</td>
<td>2</td>
<td>3</td>
<td>4</td>
<td>5</td>
</tr>
</tbody>
</table>

### Ausgaben

866 01–023 Finanzierungshilfe für Lieferungen und Leistungen in Entwicklungsländer (Exportfonds) .......................................................... 330 000 190 000 130 592

Verpflichtungsermächtigung ........................................... 200 000 000 DM
davon fällig:

Jahr 1997 bis zu .................................................. 100 000 000 DM

Jahr 1998 bis zu .................................................. 100 000 000 DM

Gesamtausgaben ................................................................ 330 000 190 000

### Abschluß

Ausgaben für Investitionen ............................................. 330 000 190 000
Erläuterungen

Zu Tit. 866 01


Der auf Grund früherer Darlehen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau bestehende Exportfonds I (Einzelheiten vgl. dazu ERP-Wirtschaftsplanungsgesetz 1981 – BGBl. I S. 745 – Erläuterungen zu Kap. 3 Tit. 866 01) in Höhe von ursprünglich 500 000 000 DM wird schrittweise an das ERP-Sondervermögen zurückgezahlt. Die Titelansätze im Exportfonds sind entsprechend angepasst, um eine Förderung wie bisher zu gewährleisten.
<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td>1000 DM</td>
<td>1000 DM</td>
<td>1000 DM</td>
</tr>
<tr>
<td>1</td>
<td></td>
<td>2</td>
<td>3</td>
<td>4</td>
</tr>
</tbody>
</table>

**Ausgaben**

531 01–013 Kosten zur Durchführung von Veröffentlichungen und Untersuchungen .......................................................... 500 800 266
671 01–680 Bearbeitungsgebühren .......................................................... 500 1100 16
575 01–928 Verzinsung der Kredite .......................................................... 2780 2748 2000 2070 035
870 01–680 Inanspruchnahme aus Gewährleistungen .......................................................... 10000 10000 3456

**Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel**

683 01–852 Erstattung von Steuernachzahlungen nach Veräußerung der DIAG .......................................................... 3000 —

| Gesamtausgaben | 2791 000 | 2763 100 |

**Abschluß**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Sächliche Ausgaben</th>
<th>1000</th>
<th>1900</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Zinskosten</td>
<td>2780 000</td>
<td>2748 200</td>
</tr>
<tr>
<td>Ausgaben für Investitionen</td>
<td>10000</td>
<td>13000</td>
</tr>
</tbody>
</table>

| Gesamtausgaben | 2791 000 | 2763 100 |
Zu Ttl. 531 01

Zu Ttl. 671 01

Zu Ttl. 575 01
Der Betrag ist für die Verzinsung der am Kapitalmarkt aufgenommenen Kredite vorgesehen. Aus diesem Ansatz können auch Disagio- kosten gezahlt werden.

Zu Ttl. 870 01
### Kap. 4

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>119 01-680</td>
<td>Rückflüsse, Erlöse und Erträge aus Zuschüssen</td>
<td>50</td>
<td>30</td>
<td>137</td>
</tr>
<tr>
<td>119 02-680</td>
<td>Stundungs-, Verzugszinsen u. a.</td>
<td>500</td>
<td>100</td>
<td>2 619</td>
</tr>
<tr>
<td>119 99-680</td>
<td>Vermischte Einnahmen</td>
<td>1 000</td>
<td>500</td>
<td>30 175</td>
</tr>
<tr>
<td>121 02-691</td>
<td>Erträge aus Beteiligungen im Rahmen der Eigenkapitalfinanzierung</td>
<td>2 000</td>
<td>500</td>
<td>2 383</td>
</tr>
<tr>
<td>141 01-680</td>
<td>Vergütungen für die Übernahme von Gewährleistungen</td>
<td>20</td>
<td>50</td>
<td>16</td>
</tr>
<tr>
<td>141 02-680</td>
<td>Rückflüsse aus der Inanspruchnahme aus Gewährleistungen</td>
<td>—</td>
<td>—</td>
<td>208</td>
</tr>
<tr>
<td>162 01-691</td>
<td>Zinsen aus Darlehen</td>
<td>3 249 700</td>
<td>3 076 180</td>
<td>2 477 717</td>
</tr>
<tr>
<td>162 03-872</td>
<td>Sonstige Zinsen</td>
<td>100 000</td>
<td>10 000</td>
<td>285 615</td>
</tr>
<tr>
<td>182 01-691</td>
<td>Tilgung von Darlehen</td>
<td>6 052 700</td>
<td>4 747 460</td>
<td>7 454 950</td>
</tr>
<tr>
<td>325 02-928</td>
<td>Einnahmen aus Krediten</td>
<td>6 877 530</td>
<td>8 832 880</td>
<td>3 888 441</td>
</tr>
<tr>
<td>331 02-680</td>
<td>Zinzuschüsse aus dem Bundeshaushalt für Kredite für Investitionen in den neuen Bundesländern</td>
<td>421 000</td>
<td>97 000</td>
<td>95 000</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Gesamteinnahmen</strong></td>
<td></td>
<td><strong>16 704 500</strong></td>
<td><strong>16 764 700</strong></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

### Abschluß

| Verwaltungseinnahmen | 50 | 50 |
| Übrige Einnahmen | 16 704 450 | 16 764 650 |
| **Gesamteinnahmen** | **16 704 500** | **16 764 700** |
Einnahmen

Erläuterungen

Zu Tit. 119 01

Zu Tit. 119 99
Hierbei handelt es sich insbesondere um Eingänge aus bereits ausgebuchten Forderungen. Der Betrag ist geschätzt.

Zu Tit. 121 02
Veranschlagt sind Erträge aus Beteiligungen, die im Rahmen des Eigenkapitalfinanzierungsprogramms übernommen worden sind.

Zu Tit. 141 01
Für die Übernahme von Gewährleistungen ist grundsätzlich eine Vergütung an das ERP-Sondervermögen zu zahlen.

Zu Tit. 162 01
Veranschlagt sind Zinsen aus der Gewährung von ERP-Darlehen:

a) Kreditanstalt für Wiederaufbau .......... 1 184 300 000 DM
b) Deutsche Ausgleichsbank ................. 1 814 000 000 DM
c) Berliner Industriebank AG ............... 248 400 000 DM
d) Sonstige .................................... 3 000 000 DM

3 249 700 000 DM

Zu Tit. 162 03
Veranschlagt sind Zinsen aus vorübergehenden Guthaben des ERP-Sondervermögens insbesondere bei den Haupteinrichtungen.

Zu Tit. 182 01
Veranschlagt sind Tilgungen von ERP-Darlehen:

a) Kreditanstalt für Wiederaufbau .......... 2 228 500 000 DM
b) Deutsche Ausgleichsbank ................. 3 232 000 000 DM
c) Berliner Industriebank AG ............... 582 200 000 DM
d) Sonstige .................................... 10 000 000 DM

6 052 700 000 DM

Zu Tit. 325 02
Gemäß § 2 Abs. 1 ERP-Wirtschaftsplangesetz können Geldmittel im Wege des Kredits beschafft werden. Die Veranschlagung der Netto-Kreditaufnahme entspricht der Vorschrift des § 15 Abs. 1 Satz 2 BHO (vgl. im übrigen Finanzierungssübersicht Teil II Nr. 4).

Die Mittel aus der Kreditaufnahme dienen der Gewährung von Krediten insbesondere für Investitionen in den neuen Bundesländern.

Zu Tit. 331 02
### Abschluß

<table>
<thead>
<tr>
<th>Kap.</th>
<th>Bezeichnung</th>
<th>Einnahmen 1 000 DM</th>
<th>Ausgaben 1 000 DM</th>
<th>davon entfallen auf</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>sächliche Ausgaben 1 000 DM</td>
<td>Zinskosten 1 000 DM</td>
</tr>
<tr>
<td>1</td>
<td>Investitionsfinanzierung</td>
<td>13 583 500</td>
<td></td>
<td>13 500</td>
</tr>
<tr>
<td>2</td>
<td>Exportfinanzierung</td>
<td>330 000</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>3</td>
<td>Sonstige Ausgaben</td>
<td>2 791 000</td>
<td>1 000</td>
<td>2 780 000</td>
</tr>
<tr>
<td>4</td>
<td>Einnahmen</td>
<td>16 704 500</td>
<td>1 000</td>
<td>2 780 000</td>
</tr>
</tbody>
</table>

**Zu Kap. 1 − Titel 862 01 − Ausgaben − Ist-Ergebnis 1993**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Funktion</th>
<th>Finanzierungshilfen zur Leistungssteigerung kleiner und mittlerer Unternehmen</th>
<th>DM</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>634</td>
<td>Verarbeitende Industrie</td>
<td>435 094 500</td>
</tr>
<tr>
<td>635</td>
<td>Handwerk und Kleingewerbe</td>
<td>2 211 940 295</td>
</tr>
<tr>
<td>641</td>
<td>Handel</td>
<td>1 023 888 282</td>
</tr>
<tr>
<td>650</td>
<td>Fremdenverkehr</td>
<td>649 060 968</td>
</tr>
<tr>
<td>670</td>
<td>Sonstige Dienstleistungen</td>
<td>261 090 347</td>
</tr>
<tr>
<td>680</td>
<td>Sonstige Bereiche (Freie Berufe, früher Zonenrandgebiet)</td>
<td>3 324 182 257</td>
</tr>
<tr>
<td>691</td>
<td>Betriebliche Investitionen</td>
<td>271 535 265</td>
</tr>
</tbody>
</table>

**Summe** 8 176 791 914
| Kapitel, Titel (Titelgr.) sowie Zweckbestimmung (stichwortartig) | Ausgaben- soll 1994 | a) Bis einschl. 31.12.1993 eingegangene Verpflichtungen fällig | davon fällig |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | | | in Mio DM |
| | | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 |
| Kap. 1 | | | | | | | | |
| 862 01 Kleine und mittlere Unternehmen | 11 370,0 | | | | | | |
| a) | — | — | — | — | — | — | — |
| b) | 1 889,6 | 1 889,6 | — | — | — | — | — |
| c) | 1 889,6 | — | 1 889,6 | — | — | — | — |
| 862 02 Umweltschutz und Energieeinsparung | 2 430,0 | | | | | | |
| a) | — | — | — | — | — | — | — |
| b) | 1 075,0 | 595,0 | 480,0 | — | — | — | — |
| c) | 765,0 | — | 380,0 | 385,0 | — | — | — |
| 681 01 Dankesspende | 10,0 | | | | | | |
| a) | 20,0 | 10,0 | 10,0 | — | — | — | — |
| b) | — | — | — | — | — | — | — |
| c) | — | — | — | — | — | — | — |
| 681 02 Gewährung von Stipendien | 1,6 | | | | | | |
| a) | — | — | — | — | — | — | — |
| b) | 1,2 | 0,3 | 0,3 | 0,3 | 0,3 | 0,3 | 0,3 |
| c) | 23,0 | — | 3,5 | 6,5 | 13,0 | — | — |
| Kap. 2 | | | | | | | |
| 866 01 Finanzierungshilfe für Lieferungen in Entwicklungsländer | 190,0 | | | | | | |
| a) | 330,0 | 280,0 | 50,0 | — | — | — | — |
| b) | 130,0 | — | 100,0 | 30,0 | — | — | — |
| c) | 200,0 | — | — | 100,0 | 100,0 | — | — |
| Summe | | | | | | | |
| b) | 3 095,8 | 2 484,9 | 580,3 | 30,3 | 0,3 | 0,3 | 0,3 |
| c) | 2 877,6 | — | 2 273,1 | 491,5 | 113,0 | — | — |
Teil II

Finanzierungsübersicht

<table>
<thead>
<tr>
<th>Teil I</th>
<th>ERP-Sondervermögen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>Betrag für</td>
</tr>
<tr>
<td>1995</td>
<td>1994</td>
</tr>
<tr>
<td>1000 DM</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Ermittlung des Finanzierungssaldos

1. Ausgaben .................................................. 16 704 500 16 764 700
   (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrages)

2. Einnahmen .................................................. 9 826 970 7 931 820
   (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen)

3. Finanzierungssaldo ...................................... 6 877 530 8 832 880

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos

4. Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt
   4.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt ................. 9 072 530 10 667 880
   4.2 Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt ............ 2 195 000 1 835 000
   Saldo ...................................................... 6 877 530 8 832 880

5. Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen ..................
   — —

6. Finanzierungssaldo ...................................... 6 877 530 8 832 880
Teil III

Kreditfinanzierungsplan

| Teil I |
|-----------------|-----------------|
| ERP-Sondervermögen |                |
| Betrag für        | 1995 | 1994 |
| 1000 DM           |      |      |

1. Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt
   1.1 langfristig .................................. 8 165 530 9 608 880
   1.2 kurzfristig .................................. 907 000 1 059 000

   Summe 1. ........................................ 9 072 530 10 667 880

2. Ausgaben für Schulddentilgung am Kreditmarkt (einschl. Umschuldung)
   2.1 Tilgung langfristiger Schulden .................. 725 000 785 000
   2.2 Tilgung kurzfristiger Schulden .................. 1 470 000 1 050 000

   Summe 2. ........................................ 2 195 000 1 835 000

3. Saldo aus 1. und 2. im ERP-Wirtschaftsplan veranschlagte Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt ................. 6 877 530 8 832 880
Nachweisung des ERP-Sondervermögens

1. Zusammenstellung der Vermögenswerte und Verpflichtungen

Aktiva:

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>A. Bankguthaben</td>
<td>4 368 115 066,94</td>
<td>2 302 971 065,29</td>
</tr>
<tr>
<td>B. Darlehensforderungen</td>
<td>44 188 774 253,46</td>
<td>41 823 132 948,27</td>
</tr>
<tr>
<td>C. Sonstige Forderungen</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>2. Tilgungsforderungen</td>
<td>255 943 510,50</td>
<td>248 434 703,46</td>
</tr>
<tr>
<td>3. Regrettforderungen</td>
<td>3 511 683,41</td>
<td>3 511 683,41</td>
</tr>
<tr>
<td>D. Beteiligungen</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1. Kreditanstalt für Wiederaufbau</td>
<td>90 000 000,—</td>
<td>90 000 000,—</td>
</tr>
<tr>
<td>2. Deutsche Ausgleichsbank</td>
<td>381 000 000,—</td>
<td>131 000 000,—</td>
</tr>
<tr>
<td>3. Berliner Industriebank AG – Genußrechtskapital –</td>
<td>40 000 000,—</td>
<td>40 000 000,—</td>
</tr>
<tr>
<td>4. Beteiligung an Berliner Unternehmen im Rahmen des Eigen-</td>
<td>9 339 500,—</td>
<td>9 769 500,—</td>
</tr>
<tr>
<td>kapitalfinanzierungsprogramms</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Total</td>
<td>49 406 099 691,90</td>
<td>44 715 944 669,82</td>
</tr>
</tbody>
</table>

2. Ausfälle im Haushaltsjahr 1993

<p>| | | |</p>
<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Darlehen</td>
<td>7 207 604,17 DM</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Zinsen</td>
<td>68 109,68 DM</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Gewährleistungen</td>
<td>3 455 628,22 DM</td>
<td>10 731 342,07 DM</td>
</tr>
</tbody>
</table>
nach dem Stand vom 31. Dezember 1993

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>DM</td>
<td>DM</td>
</tr>
<tr>
<td>A. Vermögensbestand</td>
<td>21 258 275 461,04</td>
<td>20 456 561 618,86</td>
</tr>
<tr>
<td>B. Verbindlichkeiten</td>
<td>28 147 824 230,86</td>
<td>24 259 383 050,96</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td><strong>49 406 099 691,90</strong></td>
<td><strong>44 715 944 669,82</strong></td>
</tr>
<tr>
<td>Verpflichtungen aus Gewährleistungen</td>
<td>204 496 974,23</td>
<td>163 854 208,70</td>
</tr>
</tbody>
</table>
Gesetz
über die Entschädigung
der Entschädigungs-
und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG)

Vom 27. September 1994

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1
Gesetz
über die Entschädigung
der Entschädigungs-
und Ausgleichsleistungsgesetz (EntschG)

§ 1
Grundsätze der Entschädigung


(1a) Ein Anspruch auf Entschädigung besteht im Fall der Einziehung von im Beitrittsgebiet belegenen Vermögenswerten durch Entschädigung eines ausländischen Gerichts auch, wenn hinsichtlich der mit der Entscheidung verbundenen Freiheitsentziehung eine Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 des Häftlingshilfegesetzes erteilt worden ist.


(3) Für Grundstücke im Sinne des § 1 Abs. 2 des Vermögensgesetzes, die durch Eigentumsverzicht, Schenkung oder Erbausschlagung in Volksseignertum übernommen wurden, wird keine Entschädigung gewährt.

(4) Eine Entschädigung wird nicht gewährt
1. für private geldwerte Ansprüche im Sinne des § 5, bei denen der Schadensbetrag nach § 245 des Lastenausgleichsgesetzes insgesamt 10 000 Reichsmark nicht übersteigt und für die den Berechtigten oder seinem Gesamtrechtsvorgänger Ausgleichsleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz gewährt wurden. Dies gilt nicht, wenn im Schadensbetrag auch andere Vermögensverluste berücksichtigt sind. Die Rückforderung des Lastenausgleichs nach § 349 des Lastenausgleichsgesetzes entfällt;
2. für Vermögensverluste, bei denen die Summe der Bemessungsgrundlagen insgesamt 1 000 Deutsche Mark nicht erreicht, ausgenommen buchmäßig nachgewiesene Geldbeträge;
3. für Vermögensverluste, für die der Berechtigte oder sein Gesamtrechtsvorgänger bereits eine Entschädigung nach einem Pauschalentschädigungsabkommen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik oder der Bundesrepublik Deutschland erhalten hat oder für die ihm eine Entschädigung nach diesen Abkommen zusteht.

(5) In den Fällen des § 1 Abs. 6 des Vermögensgesetzes besteht ein Entschädigungsanspruch nach Maßgabe des NS-Verfolgtenentschädigungsgesetzes.

§ 2
Berechnung der Höhe der Entschädigung

(1) Die Höhe der Entschädigung bestimmt sich nach der Bemessungsgrundlage (§§ 3 bis 5), von welcher gegebenenfalls
1. Verbindlichkeiten nach § 3 Abs. 4,
2. erhaltene Gegenleistungen oder Entschädigungen nach § 6,
3. der Zeitwert von nach § 6 Abs. 6a des Vermögensgesetzes zurückgegebenen Vermögensgegenständen nach § 4 Abs. 4, oder
(2) Entschädigungen über 1 000 Deutsche Mark werden auf Tausend oder das nächste Vielfache von Tausend nach unten abgerundet.

§ 3 Bemessungsgrundlage der Entschädigung für Grundvermögen und land- und forstwirtschaftliches Vermögen

(1) Bemessungsgrundlage der Entschädigung für Grundvermögen einschließlich Gebäudeeigentum sowie für land- und forstwirtschaftliches Vermögen ist
1. bei land- und forstwirtschaftlichen Flächen das 3fache,
2. bei Mietwohngrundstücken mit mehr als zwei Wohnungen das 4,8fache,
3. bei gemischtwirtschaftigen Grundstücken, die zu mehr als 50 vom Hundert Wohnungseinnahmen dienen, das 6,4fache,
4. bei Geschäftsgeschäften, Mietwohngrundstücken mit zwei Wohnungen, nicht unter Nummer 3 fallenden gemischtwirtschaftlichen Grundstücken, Einzel- und mehrfamiliären Häusern und sonstigen bebauten Grundstücken das 7fache,

(2) Ist ein Einheitswert nicht festgestellt worden oder nicht mehr bekannt, aber im Verfahren nach dem Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes ein Ersatzanspruch erstmalig angeordnet worden und ist dieser dem Einheitswert hinzuzurechnen.


(5) Sind in den Einheits-, Ersatzanspruchs- oder Hilfsbetrag für land- und forstwirtschaftliches Vermögen Betriebseinnahmen oder Gebäude einbezogen, die dem Eigentümer des Grund- und Bodens nicht gehören, sind die Wertanteile am Gesamtwert festzustellen und jeweils gesondert zu entschädigen.

(6) Für land- und forstwirtschaftliches Vermögen gelten § 4 Abs. 4 und § 8 Abs. 2 entsprechend.

§ 4 Bemessungsgrundlage der Entschädigung für Unternehmensvermögen

(1) Bemessungsgrundlage der Entschädigung für Unternehmen oder Anteile an Unternehmen mit Ausnahme von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, die bis einschließlich 31. Dezember 1952 enteignet wurden, ist das 1,5fache des jetzt in der Amtshilfe festgestellten Einheitswertes. Ist der Einheitswert nicht festgestellt worden oder nicht mehr bekannt, oder ist das Unternehmen ab 1. Januar 1953 enteignet worden, ist ein Ersatzanspruch durch den Bewertungsgesetz, das 1,5fache dieses Wertes maßgebend; der Ersatzanspruch wird dem zuständigen Landesamt zur Regelung der offenen Vermögenfragen von der Amtsbehörde im Wege der Amtshilfe durchgeführt. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht, wenn Wiederaufnahmegründe im Sinne des § 580 der Zivilprozeßordnung vorliegen und deren Berücksichtigung bei einer Bemessung nach Absatz 2 zu einem Wert führt, der mehr als ein Fünftel, mindestens aber 1 000 Mark vom Einheitswert oder Ersatzanspruchswert abweicht.

(2) Ist kein verpflichtender Einheitswert oder Ersatzanspruchswert vorhanden, oder ist er ersatzweise aus dem Unterschiedsbetrag zwischen dem Anlage- und Umlaufvermögen des Unternehmens und denjenigen Schulden, die mit der Gesamtheit von Vermögen und Umlaufvermögen des Unternehmens in wirtschaftlichem Zusammenhang ste- 
hen (Reinvermögen), zu ermitteln. Das Reinvermögen ist anhand der Bilanz für den letzten Stichtag vor der Schädigung oder einer sonstigen berechtigenden Unterlage nach folgenden Maßgaben festzustellen:

1. Betriebsgrundstücke sowie Mineralgewinnungen sind mit dem Einheitswert, dem Ersatzanspruchswert oder einem Hilfsbetrag nach § 3 Abs. 3 anzusetzen. § 3 Abs. 4 gilt entsprechend.
2. Wertausgleichsposten für den Verlust von Wirtschaftsgütern im Zuge der Kraftereignisse bleiben außer Ansatz.
3. Forderungen, Wertpapiere und Geldbestände sind im Verhältnis 2 zu 1 umzuwerten.
5. Mit Wirtschaftsgütern im Sinne der Nummern 3 und 4 in unmittelbarem Zusammenhang stehende Betriebs- schulden sind im dort genannten Verhältnis zu min-
dern.

Soweit ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen bestimmten Wirtschaftsgütern und bestimmten Betriebs-
schulden nicht besteht, sind die Schulden den einzelnen Wirtschaftsgütern anteilig zuzurechnen.

(2a) Bei Unternehmen mit höchstens 10 Mitarbeitern einschließlich mitarbeitender Familienmitglieder ist auf Antrag des Berechtigten die Bemessungsgrundlage anstelle von Absatz 1 oder 2 mit dem siebenfachen Einheitswert des zum Betriebsvermögen gehörenden Geschäftsgrundstücks zuzüglich des sonstigen nach Absatz 2 Satz 2 Nr. 2 bis 5 und Satz 3 zu bewertenden Betriebsvermögens zu ermitteln.

(3) Ist eine Bemessungsgrundlage nach den Absätzen 1 und 2 nicht zu ermitteln, so ist sie zu schätzen.

(4) Hat der Berechtigte nach § 6 Abs. 6a Satz 1 des Ver-
mögensgesetzes einzelne Vermögensgegenstände zu-
rückbekommen, so ist deren Wert im Zeitpunkt der Rück-
gabe von der Bemessungsgrundlage für die Entschädig-
gung des Unternehmens abzuziehen. Dieser ist zu min-
dern
1. um den Wert der nach § 6 Abs. 6a Satz 2 des Ver-
mögensgesetzes übernommenen Schulden oder
2. um etwaige Rückzahlungsverpflichtungen nach § 6 Abs. 6a Satz 1 2. Halbsatz des Vermögensgesetzes oder § 6 Abs. 5c Satz 3 des Vermögensgesetzes.

§ 5

Bemessungsgrundlage
der Entschädigung für Forderungen und Schutzrechte

(1) Bemessungsgrundlage der Entschädigung von privaten geldwerten Ansprüchen, z.B. Kontoguthaben, hypothekarisch gesicherte Forderungen, Hinterlegungs-
beträge und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften, die durch Abführung an den Staatshaushalt eingelegt wurden, ist vorbehaltlich des Satzes 2 der im Verhältnis 2 zu 1 auf Deutsche Mark umgestellte buchmäßige Betrag im Zeitpunkt der Schädigung. Für in Reichsmark ausge-
wiesene Beträge gilt § 2 Abs. 2 des Ausgleichsleistungs-
gesetzes, wenn die Schädigung vor dem 24. Juni 1948 erfolgte, ist der bei der Aufhebung der staatlichen Verwal-
tung oder der am 31. Dezember 1993 ausgewiesene Betrag höher, gilt dieser, es sei denn, die Erhöhung rührt aus der Veräußerung eines Vermögenswertes her, der jetzt an den Berechtigten zurückübertragen worden ist. Eine rückwirkende Verzinsung findet nicht statt. Öffent-
lich-rechtliche Verbindlichkeiten, die schon vor der Inver-
waltsungsmaßnahme entstanden waren, danach angefallene Erbschaftssteuer sowie privatrechtliche Verbindlichkeiten, insbesondere Unterhaltschulden des Kontoinhabers, bleiben abgezogen. Für nicht enteignete Kontoguthaben beläuft sich die Bemessungsgrundlage der Entschädi-
gung auf den entsprechenden Unterschiedsbetrag.

(2) Entschädigungsansprüche werden nach Maßgabe der verfügbaren Mittel des Entschädigungsfonds bis zum Betrag von 10 000 Deutsche Mark in Geld erfüllt.

(3) Ansprüche aus nach dem 23. Juni 1948 enteigneten Lebensversicherungen sind mit 50 vom Hundert ihres auf Deutsche Mark der Deutschen Notenbank, Mark der Deutschen Notenbank oder Mark der Deutschen Demo-
kratischen Republik lautenden Rückkaufswertes zu be-
mesen. Kann ein Rückkaufswert zum Zeitpunkt des Ein-
griffs nicht nachgewiesen werden, ist die Bemessungs-
grundlage hilfsweise ein Neutel der in Reichsmark gele-
steten Beträge oder ein Drittel der in Mark der Deutschen Notenbank geleisteten Beträge.

(4) Ansprüche aus Niederbrauch und aus Rechten auf Renten, Altersteile sowie andere wiederverkäufliche Nutzung- und Leistungen sind mit dem Kapitalwert nach den §§ 15 bis 17 des in § 3 Abs. 3 genannten Bewertungs-
gesetzes anzusetzen.

(5) Gewerbliche Schutzrechte, Urheberrechte sowie verwandte Schutzrechte sind mit dem Betrag zu entschä-
digen, der sich unter Zugrundelegung der durchschnitt-
lchen Jahreserträge und der tatsächlichen Verwertungs-
dauer nach der Schädigung als Kapitalwert nach § 15 des in § 3 Abs. 3 genannten Bewertungsgesetzes ergibt.

§ 6

Anrechnung einer erhaltenen
gemeingebrauch oder einer Entschädigung

(1) Hat der Berechtigte nach § 2 Abs. 1 des Vermögens-
gesetzes oder sein Gesamtrechtsvorgänger für den zu entschädigenden Vermögenswert eine Gegenleistung oder eine Entschädigung erhalten, so ist diese einschließ-
lich zugeflossener Zinsen unter Berücksichtigung des Umstellungsverhältnisses von zwei Mark der Deutschen Demokratischen Republik zu einer Deutschen Mark von der Bemessungsgrundlage abzuziehen. Dies gilt nicht, wenn die Gegenleistung an den Verfügungsrechtigen schon herausgegeben oder noch herausgegeben ist. Ist die Gegenleistung oder die Entschädigung dem Berech-
tigten, einem Anteilsberechtigten oder deren Gesamt-
rechtsvorgänger nicht oder nur teilweise zugefallen, ist dies bei der Ermittlung des Abzugsbetrages zu berück-
sichtigen; Beträge, die mit rechtsbeständigen Verbindlich-
keiten des Berechtigten wie Unterhaltszahlungen, Darle-
henforderungen, nichtdiskriminierenden Gebühren oder Steuern verrechnet wurden, gelten als ihm zugefallen.

(2) Ist der Berechtigte eine juristische Person oder eine Personengesellschaft des Handelsrechts und ist die Gegenleistung oder die Entschädigung einem Anteilbe-
rechtigten gewährt worden, so gilt diese für die Zwecke der Anrechnung als dem Berechtigten zugerechnet.

§ 7

Kürzungsbeträge

(1) Übersteigt die auf einen Berechtigten entfallende Summe aus Bemessungsgrundlage und Abzügen nach § 3 Abs. 4, § 4 Abs. 4 sowie § 6 den Betrag von 10 000 Deutsche Mark, so ist die Entschädigung um jeweils fol-
gende Beträge zu kürzen:

- der 10 000 Deutsche Mark übersteigende, bis 20 000 Deutsche Mark reichende Betrag um 30 vom Hundert,
- der 20 000 Deutsche Mark übersteigende, bis 30 000 Deutsche Mark reichende Betrag um 40 vom Hundert,
- der 30 000 Deutsche Mark übersteigende, bis 40 000 Deutsche Mark reichende Betrag um 50 vom Hundert,
- der 40 000 Deutsche Mark übersteigende, bis 50 000 Deutsche Mark reichende Betrag um 60 vom Hundert,
Nr. 65 – Tag der Ausgabe: Bonn, den 30. September 1994

- der 50 000 Deutsche Mark übersteigende, bis 100 000 Deutsche Mark reichende Betrag um 70 vom Hundert,
- der 100 000 Deutsche Mark übersteigende, bis 500 000 Deutsche Mark reichende Betrag um 80 vom Hundert,
- der 500 000 Deutsche Mark übersteigende, bis 1 Million Deutsche Mark reichende Betrag um 85 vom Hundert,
- der 1 Million Deutsche Mark übersteigende, bis 3 Millionen Deutsche Mark reichende Betrag um 90 vom Hundert,
- der 3 Millionen Deutsche Mark übersteigende Betrag um 95 vom Hundert.


(3) Ist die Kürzung nach Absatz 2 Satz 1 insbesondere wegen der Zuständigkeit verschiedener Ämter oder Landesämter zur Regelung offener Vermögensfragen unterblieben, setzt die zuständige Behörde, die zuletzt entschieden hat, den Gesamtentschädigungsbetrag fest.

§ 8
Abzug von Lastenausgleich


(2) § 6 Abs. 2 gilt für den Abzug von Lastenausgleich entsprechend.

§ 9
Entschädigungsfonds


(2) Das Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen verwaltet das Sondervermögen auf Weisung und unter Aufsicht des Bundesministeriums der Finanzen.

(3) Das Sondervermögen kann unter seinem Namen im rechtsgeschäftlichen Verkehr handeln, klagen oder verklagt werden. Der allgemeine Gerichtsstand des Sondervermögens ist Berlin.

(4) Der Entschädigungsfonds ist berechtigt, Schuldverschreibungen durch Eintragung in das Bundesschuldbuch zu begeben. Die Ausgabe von Stücken ist für die gesamte Laufzeit ausgeschlossen.

(5) Schuldverschreibungen des Entschädigungsfonds stehen solchen des Bundes gleich. Die Schulden des Entschädigungsfonds werden durch die Bundesschuldenverwaltung nach den für die allgemeine Bundesschuld jeweils geltenden Grundsätzen verwaltet.

(6) Der Entschädigungsfonds ist berechtigt, Schuldverschreibungen nach § 1 Abs. 1 Satz 2 zum Zwecke der Marktpflege in Höhe von bis zu zehn vom Hundert der umlaufenden Schuldtitel anzukaufen.

(7) Die mit der Begebung oder Verwaltung der Schuldverschreibungen beauftragten Einrichtungen sind berechtigt, den für die Durchführung des Gesetzes zuständigen Stellen zu Kontrollzwecken Angaben über die zugeteilten Schuldverschreibungen zu übermitteln, wenn Anhaltspunkte für eine Doppelprüfung oder für eine Überzahlung insbesondere wegen Außerachtlassung einer Kürzung nach § 7 oder eines Abzuges nach § 8 bestehen.


§ 10
Einnahmen des Entschädigungsfonds

(1) An den Entschädigungsfonds sind abzuführen:
1. von der Treuhandanstalt drei Milliarden Deutsche Mark aus ihren Veräußerungserlösen. Das Bundesministerium der Finanzen setzt die pauschalen Jahresbeträge unter Berücksichtigung des Finanzbedarfs des Entschädigungsfonds fest;
2. 50 vom Hundert des Gesamtwertes des Finanzvermögens in Treuhandverwaltung des Bundes nach Artikel 22 Abs. 1 des Einigungsvertrages, fällig in jährlichen Raten entsprechend den Erlösen aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen. Das Bundesministerium der Finanzen setzt die Höhe der Raten fest;
3. von Gebietskörperschaften oder sonstigen Trägern der öffentlichen Verwaltung, z.B. Sozialversicherung, Bahn, Post, der 1,3fache Einheitswert von Grundstücken, die wegen der Zugehörigkeit zu deren Verwaltungsbereich vermögen nach Artikel 21 des Einigungsvertrages nach den §§ 4 und 5 des Vermögensgesetzes nicht restituiert sind oder die wegen der Wahl von Entschädigung nicht restituiert werden;
Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1994, Teil I

4. das nach § 19 Abs. 2 des Westvermögen-Abwicklungsgesetzes vom Präsidenten des Bundesausgleichsamtes treuhänderisch verwaltete Vermögen von ehemaligen öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten mit Sitz im Beitrittsgebiet;

5. nicht anderweitig zuzuordnende Vermögenswerte aus dem Bereich des früheren Amtes für den Rechtsschutz des Vermögens der Deutschen Demokratischen Republik und Überweisungen der Hinterlegungsstellen nach § 4 Abs. 2 des Schuldbuchbereinigungsgesetzes;

6. Wertausgleich nach § 7 des Vermögensgesetzes und herauszugebende Gegenleistungen oder Entschädigungen nach § 7a Abs. 2 Satz 3 des Vermögensgesetzes;


8. Regreßforderungen gegenüber staatlichen Verwaltungen nach § 13 Abs. 3 des Vermögensgesetzes;

9. Forderungen nach § 18 Abs. 1 des Vermögensgesetzes sowie diejenigen der allgemeinen Haftungsfolgen aus Veräußerungen nach § 16 Abs. 1 des Investitionsvertragsgesetzes, die nicht dem Berechtigten, dem Verwaltungsrechtigen oder einem privaten Dritten zustehen;

10. ab 1. Januar 1994 vereinnahmte Rückflüsse nach § 349 des Lastenausgleichsgesetzes;


12. Vermögenswerte, die nach § 1b des Vermögenszuordnungsgesetzes in der Fassung des Artikels 16 Nr. 4 des Registerverfahrensbeschleunigungsgesetzes dem Entschädigungsfonds zugeordnet werden;


Ein Anspruch der Berechtigten gegen den Entschädigungsfonds auf Einforderung seiner Einnahmen besteht nicht.


§ 11

Bewirtschaftung des Entschädigungsfonds


(2) Das Bundesministerium der Finanzen stellt am Schluss eines jeden Rechnungsjahres die Jahresrechnung für den Entschädigungsfonds auf und fügt sie als Anhang der Haushaltsrechnung des Bundes bei. Die Jahresrechnung muß in übersichtlicher Weise den Bestand des Sondervermögens einschließlich der Forderungen und Verbindlichkeiten erkennen lassen sowie die Einnahmen und Ausgaben nachweisen.

(3) Auf die Verpflichtung des Entschädigungsfonds, Abgaben an den Bund, die Länder, die Gemeinden (Gemeindeverbände) und Körperschaften des öffentlichen Rechts zu entrichten, finden die allgemein für Bundesbehörden geltenden Vorschriften Anwendung.

(4) Die Kosten für die Verwaltung des Entschädigungsfonds trägt der Bund.

§ 12

Zuständigkeit und Verfahren


(2) In den Fällen des § 10 Nr. 3, 7, 8, 9 und 11 setzen die für die Entscheidung über die Entschädigung zuständigen Stellen als Vertreter des Entschädigungsfonds den an diesen abzuführenden Betrag durch Verwaltungsakt gegen über dem Verpflichteten fest. Der Entschädigungsfonds kann den Abführungsbetrag selbst festsetzen.

Artikel 2

Gesetz

über staatliche Ausgleichsleistungen für Enteignungen auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können

(Ausgleichsleistungsgesetz – AusgliLeistG)

§ 1

Anspruch auf Ausgleichsleistung

(1) Natürliche Personen, die Vermögenswerte im Sinne des § 2 Abs. 2 des Gesetzes zur Regelung offener Vermögensfragen (Vermögensgesetz) durch entschädi-
gungslose Enteignungen auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage in dem in Artikel 3 des Einigungserlasses genannten Gebiet (Beitrittsgebiet) verloren haben, oder ihre Erben oder weiteren Erben (Erbeserben) erhalten eine Ausgleichsleistung nach Maßgabe dieses Gesetzes. § 1 Abs. 7 des Vermögensgesetzes bleibt unberührt.

(1a) Ein Anspruch auf Ausgleichsleistung besteht im Fall der Einziehung von im Beitrittsgebiet belegenen Vermögenswerten durch Entscheidung eines ausländischen Gerichts auch, wenn hinsichtlich der mit der Entscheidung verbundenen Einheitsentscheidung eine Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 des Häftlingshilfegesetzes erteilt worden ist. § 1 Abs. 7 des Vermögensgesetzes bleibt unberührt.

(2) Ein Eingriff auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage liegt bei der Enteignung von Vermögen einer Gesellschaft oder einer Genossenschaft vor, wenn diese zu einer Minderung des Wertes der Anteile an der Gesellschaft oder der Geschäftsguthaben der Mitglieder der Genossenschaft geführt hat. Das gleiche gilt für Begünstigte (§ 18b Abs. 1 Satz 1 des Vermögensgesetzes) früherer dinglicher Rechte an Grundstücken, die auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage enteignet wurden. § 1 Abs. 2 Satz 3 und 4 des Entschädigungsgesetzes gilt entsprechend. Ist das Vermögen einer Familienstiftung oder eines Familienvereins mit Sitz im Beitrittsgebiet enteignet worden, sind den daran Beteiligten Ausgleichsleistungen so zu gewähren, als wären sie an dem Vermögen der Familienstiftung oder des Familienvereins zur gesamten Hand berechtigt gewesen; die Achtzehnte Verordnung zur Durchführung des Feststellungsgesetzes vom 11. November 1964 (BGBl. I S. 855) gilt entsprechend.

(3) Ausgleichsleistungen werden nicht gewährt für
1. Schäden, die durch Wegnahme von Wirtschaftsgütern auf Veranlassung der Besatzungsmacht entstanden sind, sofern diese Wirtschaftsgüter der Volkswirtschaft eines fremden Staates zugeführt wurden oder bei der Wegnahme eine dahingehende Absicht bestand (Reparationsschäden im Sinne des § 2 Abs. 1 bis 4 und 6 bis 7 des Reparationsschädengesetzes),
2. Schäden, die dadurch entstanden sind, daß Wirtschaftsgüter, die tatsächlich oder angeblich während des Zweiten Weltkrieges aus den von deutschen Truppen besetzten oder unmittelbar oder mittelbar kontrollierten Gebieten beschafft oder fortgeführt worden sind, durch Maßnahmen oder auf Veranlassung der Besatzungsmacht in der Absicht oder mit der Begründung weggemommen worden sind, sie in diese Gebiete zu bringen oder zurückzuführen (Restitutionsschäden im Sinne des § 3 des Reparationsschädengesetzes),
3. Schäden, die dadurch entstanden sind, daß Wirtschaftsgüter zum Zwecke der Beseitigung deutschen Wirtschaftspotentials zerstört, beschädigt oder, ohne daß die sonstigen Voraussetzungen des § 2 Abs. 1 des Reparationsschädengesetzes vorliegen, weggemommen worden sind (Zerstörungsschäden im Sinne des § 4 des Reparationsschädengesetzes),
4. Verluste an den im Allgemeinen Kriegsfolgen geschädigt in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 653-1, veröffentlichten bereinigten Fassung genannten Vermögenswerten,
5. Gläubigerverluste, die im Zusammenhang mit der Neuordnung des Geldwesens im Beitrittgebiet stehen,
6. verbrieft Rechte, die der Wertpapierbereinigung unterliegen oder unterliegen,
7. auf ausländische Währung lautende Wertpapiere,
8. Schuldverschreibungen von Gebietskörperschaften und
9. Ansprüche, die in § 1 Abs. 8 Buchstabe c und d des Vermögensgesetzes genannt sind.

(4) Leistungen nach diesem Gesetz werden nicht gewährt, wenn der nach den Absätzen 1 und 2 Berechtigte oder derjenige, von dem er seine Rechte ableitet, oder das enteignete Unternehmen gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen, in schwarzem oder demokratischen System in der sowjetischen besetzten Zone oder in der Deutschen Demokratischen Republik erheblichen Vorschub geleistet hat.

§ 2
Art und Höhe der Ausgleichsleistung


(2) Auf Reichsmark lautende privatrechtliche geldwerte Ansprüche, die nicht in einen Einheitswert einbezogen sind, sind mit folgendem Anteil am jeweiligen Nennbetrag zu bemessen:

- für die ersten 100 Reichsmark: 50 vom Hundert,
- für den übersteigenden Betrag bis 1 000 Reichsmark: 10 vom Hundert,
- für 1 000 Reichsmark übersteigende Beträge: 5 vom Hundert.

(3) Auf Deutsche Mark der Deutschen Notenbank lautende privatrechtliche geldwerte Ansprüche sind mit 50 vom Hundert ihres jeweiligen Nennbetrages zu bemessen.


(5) Die Summe der Ausgleichsleistungen nach den Absätzen 2 bis 4 darf 10 000 Deutsche Mark nicht überschreiten.

(6) Die Bemessungsgrundlage für Rechte, die einen Anteil am Kapital eines Unternehmens vermitteln, ist der Teilbetrag der nach § 4 des Entschädigungsgesetzes zu ermittelnden Bemessungsgrundlage, der dem Verhältnis des Nennbetrages des Anteils zum Gesamtnennbetrag des Kapitals entspricht.
(7) Keine Ausgleichsleistungen sind zu gewähren, soweit die Forderungs- oder Anteilsrechte nach den Absätzen 2 bis 6 gegen den ursprünglichen Schuldner oder seinen Rechtsnachfolger wieder durchsetzbar geworden sind.

§ 3 Flächenerwerb


(3) Nach Absatz 2 Satz 1 bis 3 Berechtigte können vorbehaltlich der Sätze 2 bis 4 bis zu 600 000 Ertragsmesszahlen erwerben. Soweit die Flächen von einer Personengesellschaft langfristig gepachtet sind, können die nach Absatz 2 berechtigten Gesellschafter insgesamt Flächen bis zur Obergrenze nach Satz 1 erwerben. Soweit eine nach Absatz 2 berechtigte juristische Person die Obergrenze nach Satz 1 nicht ausgeschöpft hat, können deren nach Absatz 2 Satz 4 berechtigte Gesellschafter die verbleibenden Ertragsmesszahlen nach näherer Bestimmung durch die Gesellschaft erwerben. Die Erwerbsmöglichkeit nach Absatz 1 besteht, soweit ein Eigentumsanteil von 50 vom Hundert der landwirtschaftlich genutzten Fläche nicht überschritten wird; auf den Eigentumsanteil sind die einer Gesellschaft und ihren Gesellschaftern gehörenden Flächen anzurechnen; auch nach Absatz 5 zustehende oder bereits erworbene Flächen werden auf den Vomhundertsatz und die Ertragsmesszahlen angerechnet.

(4) Berechtigte nach Absatz 2 Satz 1 bis 3 können ehemals volkseigene, von der Treuhandanstalt zu privatisierende Waldflächen bis zu 100 ha zusätzlich zu landwirtschaftlichen Flächen erwerben, falls dies unter Berücksichtigung des vorgelegten Betriebskonzepts eine sinnvolle Ergänzung des landwirtschaftlichen Betriebsteils darstellt und nachgewiesen wird, daß der landwirtschaftliche Betrieb im wesentlichen auf eigenen oder für mindestens zwölf Jahre gepachteten Flächen wirtschaftet.


(6) Gegenüber einem Pächter muß sich der Erwerber nach Absatz 5 bereit erklären, bestehende Pachtverträge bis zu einer Gesamtlaufzeit von 18 Jahren zu verlängern. Ist die für die Privatisierung zuständige Stelle gegenüber dem Pächter verpflichtet, die verpachteten Flächen an ihn zu veräußern, so sind diese Flächen in den Grenzen der Absätze 1 bis 4 für einen Erwerb nach Absatz 5 nur mit Zustimmung des Pächters verfügbar.

(7) Der Wertansatz für landwirtschaftliche Flächen ist vorbehaltlich des Satzes 2 das Dreifache des Einheitswerts der jeweiligen Fläche, der nach den Wertverhältnissen am 1. Januar 1935 festgestellt ist oder noch ermittelt wird (Einheitswert 1935). Werden aufstehende Gebäude mitverworben, können unter Berücksichtigung der Um-
säße des Einzelfalles, insbesondere des Zustandes des Gebäudes Zu- oder Abschläge aufgrund einer Empfeh-
zung des Beirates nach § 4 Abs. 1 festgelegt werden; hierbei soll der Verkehrswert des Gebäudes mitberücksichtigt
werden. Für Waldflächen mit einem Anteil hieb- oder Abschläge bestehend zu einem Drittel oder mehr, ist insoweit der Verkehrswert anzusetzen. Die für die Privatisierung zuständige Stelle kann im Einzelfall verlangen, daß der Bereich anderweitig nicht verwert-
bare Bestandstülen zum Verkehrswert mitübernimmt.

(8) Natürliche Personen, die

a) ihren ursprünglichen, im Beitrittsvertrag gelegenen
forstwirtschaftlichen Betrieb wiedereinrichten
und ortsansässig sind oder im Zusammenhang mit der
Wiedereinrichtung ortsansässig werden oder

b) einen forstwirtschaftlichen Betrieb neu einrichten
und am 3. Oktober 1990 ortsansässig waren oder

c) nach Absatz 5 Satz 1 zum Erwerb berechtigt sind und
einen forstwirtschaftlichen Betrieb neu einrichten
und diesen Betrieb allein oder als unbeschränkt haftender
Gesellschafter in einer Personengesellschaft selbst
bewirtschaften, können ehemals volkseigene, von
der Treuhandanstalt zu privatisierende Waldflächen bis zu
1000 ha erwerben, wenn sie keine landwirtschaftlichen
Flächen nach den Absätzen 1 bis 7 erwerben. Als forst-
wirtschaftlicher Betrieb im Sinne des Satzes 1 gilt auch
der forstwirtschaftliche Teil eines land-
und forstwirtschaftlichen Betriebes. Absatz 2 Satz 3 gilt
entsprechend. Die Berechtigten müssen für die
gewünschte Erwerbsfläche ein forstwirtschaftliches
Betriebskonzept vorlegen, das Gewähr für eine ord-
nungsgemäße forstwirtschaftliche Bewirtschaftung
bietet. Der Betriebsleiter muß über eine für die Bewirt-
schaftung eines Forstbetriebes erforderliche Qualifikation
verfügten. Absatz 7 gilt entsprechend.

(9) Sind ehemals volkseigene, von der Treuhandanstalt
tzu privatisierende landwirtschaftliche Flächen bis zum
31. Dezember 2003 nicht nach den Absätzen 1 bis 7 ver-
äußert worden, können sie von den nach diesen Vorschrif-
ten Berechtigten erworben werden. Der Kaufantrag muß
bis spätestens 30. Juni 2004 bei der für die Privatisierung
zuständigen Stelle eingegangen sein. Absatz 7 gilt ent-
prechend. Erwerb nach Absatz 3 und Satz 1 ist nur bis zu
einer Obergrenze von insgesamt 800 000 Ertragsmeßzah-
len, Erwerb nach Absatz 5 und Satz 1 ist nur bis zu einer
Obergrenze von insgesamt 400 000 Ertragsmeßzahlen
möglich.

(10) Die nach dieser Vorschrift erworbenen land-
und forstwirtschaftlichen Flächen dürfen vor Ablauf
von 20 Jahren ohne Genehmigung der für die Privatisierung
zuständigen Stelle nicht veräußert werden. Eine Genehmi-
gung darf nur unter der Voraussetzung erteilt werden, daß
der den Erwerbspreis übersteigende Veräußerungserlös
der Treuhandanstalt oder deren Rechtsnachfolger
zuführt. Das Veräußerungsverbot nach Satz 1 bedarf zu
seiner Wirksamkeit der Eintragung im Grundbuch; das
Nähere regelt die Rechtsverordnung nach § 4 Abs. 3.

(11) § 4 Nr. 1 des Grundstückverkehrsgesetzes vom
28. Juli 1961 (BGBl. I S. 1091), das zuletzt durch das Ge-
setz vom 8. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2191) geändert
worden ist, ist auf die Veräußerung landwirtschaftlicher
und forstwirtschaftlicher Grundstücke durch die mit der
Privatisierung betraute Stelle entsprechend anzuwenden.

§ 4
Beirat und Verordnungsermächtigung

(1) Bei den nach dem Treuhandgesetz vom 17. Juni
1990 (BGBl. I Nr. 33 S. 300), zuletzt geändert durch Artikel 1
des Gesetzes vom 9. August 1994 (BGBl. I S. 2062), in
der jeweils geltenden Fassung für die Privatisierung zuständi-
gen Stellen werden Beiräte eingerichtet, die bei widerstrei-
tenden Interessen im Zusammenhang mit der Durch-
führung der Erwerbsmöglichkeiten nach § 3 angerufen
werden können. Das Land kann den Beirat auch in Ver-
pachtungsfällen anrufen, wenn die für die Privatisierung
zuständige Stelle im Rahmen des für die Verpachtung vor-
gesehenen Verfahrens von einem Entscheidungsvor-
schlag des Landes abweichen will.

(2) Die Mitglieder des Beirates werden je zur Hälfte vom
Bund und vom Land benannt. Der Vorsitz führt ein weite-
res Mitglied, das vom Bund einberufen mit dem
Land benannt wird. Der Beirat spricht nach Anhörung
der Beteiligten eine Empfehlung aus. Hiervon abweichende
Entscheidungen hat die für die Privatisierung zuständige
Stelle zu begründen.

(3) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechts-
verordnung mit Zustimmung des Bundesrates Einzelhei-
ten der Erwerbsmöglichkeit nach § 3, des Verfahrens
sowie des Beirates zu regeln. In der Verordnung kann auch
bestimmt werden, daß

1. der Wertermittlung abweichend, von § 3 Abs. 7 ein ver-
gleichbarer Maßstab in Anlehnung an die Bodenqua-
lität zugrunde gelegt wird,

2. Rückabwicklung verlangt werden kann, wenn sich die
Zusammensetzung der Gesellschafter einer juristi-
schen Person nach dem begünstigten Erwerb von
Flächen in der Weise verändert, daß 25 vom Hundert
oder mehr der Anteilsziffern von am 3. Oktober 1990
icht ortsansässigen Personen oder Berechtigten nach
§ 1 gehalten werden,

3. bei Nutzungsänderung oder Betriebsaufgabe die
Rückabwicklung verlangt werden kann,

4. jährliche Mitteilungspflichten über etwaige Betriebs-
aufgaben, Nutzungsänderungen oder Gesellschaften
festgelegt werden oder sonstige Maßnahmen zur Ver-
hinderung von mißbräuchlicher Inanspruchnahme
ergriffen werden,

5. aus agrarstrukturellen Gründen oder in Härtefällen
von einer Rückabwicklung abgesehen werden kann.

§ 5
Rückgabe beweglicher Sachen

(1) Bewegliche, nicht in einen Einheitswert einbezogene
Sachen sind zurückzugeben. Die Rückübertragung
ist ausgeschlossen, wenn dies von der Natur der Sache
her nicht mehr möglich ist oder natürliche Personen, Reli-
gionsgemeinschaften oder gemeinnützige Stiftungen in
redlicher Weise an dem Vermögenswert Eigentum erwor-
bten haben.

(3) § 10 des Vermögensgesetzes gilt entsprechend. Die Aufwendungen für das überlassene Kulturgut trägt der Nießbraucher.

§ 6
Zuständigkeit und Verfahren

(1) Ansprüche auf Ausgleichsleistungen sind bei den Ämtern zur Regelung offener Vermögensfragen, soweit für die Rückgabe des entzogenen Vermögenswerts das Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen oder die Landesämter zur Regelung offener Vermögensfragen zuständig wären, bei diesen geltend zu machen. Bereits gestellte, noch anhängige Anträge nach dem Vermögensgesetz, die nach § 1 Abs. 8 Buchstabe a des Vermögensgesetzes ausgeschlossen sind, werden als Anträge nach diesem Gesetz gewertet. Die Antragsfrist endet mit Ablauf des sechsten Monats nach Inkrafttreten dieses Gesetzes (Ausschußfrist).

(2) Für die Durchführung dieses Gesetzes gelten die Bestimmungen des Vermögensgesetzes entsprechend.

Artikel 3
NS-Verfolgtenentschädigungsgesetz (NS-VEntschG)

§ 1
Grundsätze der Entschädigung

(1) Ist in den Fällen des § 1 Abs. 6 des Gesetzes zur Regelung offener Vermögensfragen (Vermögensgesetz) die Rückgabe ausgeschlossen (§ 4 Abs. 1 und 2, § 6 Abs. 1 Satz 1 und § 11 Abs. 5 des Vermögensgesetzes) oder hat der Berechtigte Entschädigung gewährt (§ 6 Abs. 7, § 8 Abs. 1 und § 11 Abs. 1 Satz 2 des Vermögensgesetzes), besteht ein Anspruch auf Entschädigung in Geld gegen den Entschädigungsfonds.

(2) § 1 Abs. 4 des Entschädigungsgesetzes gilt entsprechend. Ferner wird eine Entschädigung nicht gewährt für Vermögensverluste, für die der Berechtigte bereits Leistungen nach dem Bundesrückerstattungsgesetz oder anderen rückerstattungsrechtlichen Vorschriften erhalten hat.

§ 2
Höhe der Entschädigung


§ 3
Anrechnung einer erhaltenen Gegenleistung oder einer Entschädigung

Die §§ 6 und 8 des Entschädigungsgesetzes und § 7a Abs. 2 des Vermögensgesetzes gelten entsprechend. Ebenfalls anzurechnen sind Entschädigungsleistungen nach den §§ 51 und 56 Abs. 1 Satz 1 des Bundesentschädigungsgesetzes, die mit dem nach diesem Gesetz zu entschädigenden Vermögenswert unmittelbar in Zusammenhang stehen, mit der Maßgabe, daß sich der Anrechnungsbetrag ohne darin enthaltene Zinsen oder Zinszuschläge um zwei vom Hundert jährlich ab Zahlung der Entschädigung bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes erhöht.

§ 4
Zuständige Behörde, Verfahren

Über den Anspruch entscheidet die Oberfinanzdirektion (Bundesvermögensverwaltung) Berlin. Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Verwaltungsverfahrensgesetzes, soweit das Vermögensgesetz nichts anderes bestimmt.

Artikel 4
Änderung des Einkommensteuergesetzes

1. § 3 Nr. 7 wird wie folgt geändert:


2. § 124 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 4 wird wie folgt geändert:


b) In Absatz 7 werden das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt und vor dem Wort „sind“ die Wörter „sowie“ § 111 Nr. 5 Buchstabe e“ eingefügt.

c) Absatz 8 wird wie folgt geändert:


2. § 52 Abs. 2a wird wie folgt geändert:


Artikel 5
Änderung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes


1. In § 13 Abs. 1 Nr. 7 Buchstabe d wird am Ende das Semikolon durch ein Komma ersetzt, und es werden folgende Buchstaben e und f angefügt:

„e) Bundesvertriebenengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juni 1993 (BGBl. I S. 829),
f) Vertriebenenzuwendungs gesetz vom 27. September 1994 (BGBl. I S. 2624, 2635);“.

2. § 37 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 9 werden vor dem Wort „finden“ die Wörter „sowie § 13 Abs. 1 Nr. 7 Buchstabe e“ eingefügt.

b) In Absatz 10 werden die Wörter „§ 13 Abs. 1 Nr. 2a“ durch die Wörter „§ 13 Abs. 1 Nr. 7 Buchstabe f und Abs. 2a“ ersetzt.

Artikel 6
Änderung des Bewertungsgesetzes


1. In § 111 Nr. 5 Buchstabe d wird am Ende das Semikolon durch ein Komma ersetzt, und es werden folgende Buchstaben e und f angefügt:

„e) Bundesvertriebenengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juni 1993 (BGBl. I S. 829),
f) Vertriebenenzuwendungs gesetz vom 27. September 1994 (BGBl. I S. 2624, 2635);“.

2. § 30 wird wie folgt geändert:

„§ 30

(1) § 1 wird für das in Artikel 3 des Einigungsver trages genannte Gebiet in folgender Fassung ange wandt:

Artikel 7
Änderung des Wertausgleichsgesetzes


1. § 8 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:

„Beträgt der Ausgleichsanspruch voraussichtlich weni ger als 8 000 Deutche Mark, so kann von seiner Gel tendmachung abgesehen werden, wenn damit ein unangemessener Verwaltungsaufwand verbunden wäre.“

2. § 30 wird wie folgt geändert:

„§ 30

(1) § 1 wird für das in Artikel 3 des Einigungsver trages genannte Gebiet in folgender Fassung an gewandt:

1. § 3 Nr. 7 wird wie folgt geändert:

„7. Ausgleichsleistungen nach dem Lastenaus gleichsgesetz, Leistungen nach dem Flüchtlings hilfegesetz, dem Bundesvertriebenengesetz, dem Reparationsschädengesetz, dem Vertriebenenzuwendungs gesetz, dem NS-Verfolgtenentschädigungsgesetz sowie Leistungen nach dem Entschädigungsgesetz und nach dem Ausgleichsleistungs gesetz, soweit sie nicht Kapitalerträge im Sinne des § 20 Abs. 1 Nr. 7 und Abs. 2 sind;“.

2. § 124 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 4 wird wie folgt geändert:


b) In Absatz 7 werden das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt und vor dem Wort „sind“ die Wörter „sowie“ § 111 Nr. 5 Buchstabe e“ eingefügt.

c) Absatz 8 wird wie folgt geändert:


2. § 52 Abs. 2a wird wie folgt geändert:


Artikel 5
Änderung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes


1. In § 13 Abs. 1 Nr. 7 Buchstabe d wird am Ende das Semikolon durch ein Komma ersetzt, und es werden folgende Buchstaben e und f angefügt:

„e) Bundesvertriebenengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juni 1993 (BGBl. I S. 829),
f) Vertriebenenzuwendungs gesetz vom 27. September 1994 (BGBl. I S. 2624, 2635);“.

2. § 37 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 9 werden vor dem Wort „finden“ die Wörter „sowie § 13 Abs. 1 Nr. 7 Buchstabe e“ eingefügt.

b) In Absatz 10 werden die Wörter „§ 13 Abs. 1 Nr. 2a“ durch die Wörter „§ 13 Abs. 1 Nr. 7 Buchstabe f und Abs. 2a“ ersetzt.

Artikel 6
Änderung des Bewertungsgesetzes


1. In § 111 Nr. 5 Buchstabe d wird am Ende das Semi kolon durch ein Komma ersetzt, und es werden fol gende Buchstaben e und f angefügt:

„e) Bundesvertriebenengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juni 1993 (BGBl. I S. 829),
f) Vertriebenenzuwendungs gesetz vom 27. September 1994 (BGBl. I S. 2624, 2635);“.

2. § 30 wird wie folgt geändert:

„§ 30

(1) § 1 wird für das in Artikel 3 des Einigungsver trages genannte Gebiet in folgender Fassung ange wandt:
§ 1

(1) Ist im Aufenthaltsgebiet im Sinne des Artikels 1 Nr. 4 des deutsch-sowjetischen Vertrages über die Bedingungen des befristeten Aufenthalts und die Modalitäten des plamäßigen Abzugs der sowjetischen Truppen aus dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland vom 12. Oktober 1990 (BGBl. 1991 II S. 258) mit einem Grundstück, das durch die sowjetische Besatzungsmacht oder die im Aufenthaltsgebiet stationierten sowjetischen Truppen zur Nutzung oder zum Gebrauch in Anspruch genommen worden war, während der Dauer der Inanspruchnahme auf Veranlassung der sowjetischen Besatzungsmacht oder der im Aufenthaltsgebiet stationierten sowjetischen Truppen eine Sache verbunden worden, so bestimmen sich die Rechtsverhältnisse an dem Grundstück und an der Sache nach den nachstehenden Vorschriften.

(2) Ansprüche auf Wertausgleich oder Entschädigung nach den Vorschriften dieses Gesetzes sind ausgeschlossen, wenn die Befriedigung dieser Ansprüche nach den Vorschriften des Gesetzes zur Regelung offener Vermögensfragen, des Entschädigungsgesetzes oder des Ausgleichsleistungsgesetzes verlangt werden konnte oder kann.

(2) § 7 Buchstabe a wird für das in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannte Gebiet wie folgt ergänzt:

„Öffentlichen Mitteln stehen die Mittel gleich, mit denen die sowjetische Seite eine Sache finanziert hat, die sie mit einem ihr zur Nutzung zugewiesenen Grundstück verbunden hat."

(3) Die §§ 26, 27 und 29 finden für das in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannte Gebiet keine Anwendung.

3. § 31 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1.

b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:


§ 2

Schuldbuchforderungen mit besonderen Merkmalen


(2) Die Anträge sind bei den jeweiligen Schuldbuchstellen der Kreditanstalt für den Wiederaufbau, in deren Teil- schuldbuch die Schuldbuchforderung eingetragen ist, zu stellen. Diese Stellen sind für die Bearbeitung der gestellten Anträge, für die Auszahlung an die Berechtigten sowie für die Lösung der entsprechenden Schuldbuchforderung zuständig.

(3) Der Nachweis der einzelnen Ansprüche ist bei der Antragstellung nach Absatz 1 durch schriftliche Vereinbarungen der Berechtigten mit beglaubigten Unterschriften oder durch eine rechtskräftige gerichtliche Entscheidung zu erbringen.

(4) Wenn die Ansprüche auf Erben übergegangen sind, ist dies durch Erbnaheig gegenüber der Schuldbuchstelle zu belegen. Für die Erteilung eines Erbscheins wird eine Gebühr nicht erhoben, wenn der Erbschein nur für Zwecke der Auszahlung aus Schuldbuchforderungen verwendet werden soll. Bei Abtretungen der Schuldbuchforderung ist der Nachweis durch Vorlage einer entsprechenden Urkunde zu erbringen.


§ 3

Schuldbuchforderungen ohne besondere Vermerke

(1) Ansprüche der Gläubiger aus Schuldbuchforderungen ohne besondere Vermerke, die vorzeitige Zahlungen oder Ratenzahlungen abgelehnt haben und diese nicht erneut anfordern, erlöschen mit Ablauf der Frist nach § 2 Abs. 1.
(2) Ebenso erlöschen die Ansprüche aus Schuldubuchforderungen ohne besondere Vermerke, sofern die Berechtigten bis zum Ablauf der Frist nach § 2 Abs. 1 keine Anträge gestellt haben und die erforderlichen Nachweise nicht rechtzeitig vorgelegen haben.

§ 4
Hinterlegungen aus Schuldubuchforderungen


§ 5
Restitution

Wurde eine Rückübertragung des Eigentums am Grundstück nach dem Vermögensgesetz verfügt und bestand eine noch nicht voll getilgte Schuldubuchforderung, so hat die zuständige Schuldubuchstelle dieselbe ohne Zahlung des Restbetrages auf der Grundlage des § 7a Abs. 2 des Vermögensgesetzes zu lösen.

§ 6
Schließung der Schuldubücher


(2) Ist bis zum 31. Dezember 1995 der Nachweis der Berechtigten über ihre Ansprüche nach § 2 Abs. 3 und 4 nicht erbracht, so ist die Schuldubuchforderung zu löschen und als gesonderte Forderung zu erfassen.

(3) Die Kreditanstalt für den Wiederaufbau hat die nach Absatz 2 erfassten gesonderten Forderungen aus ehemals gegen die Deutsche Demokratische Republik gerichteten Schuldubuchforderungen zentralisiert zu erfassen und wie Schuldubuchforderungen nach diesem Gesetz zu tilgen.

§ 7
Finanzielle Aufwendungen

Die nach diesem Gesetz verbleibenden finanziellen Aufwendungen, die nach Auflösung des Kreditabwicklungsfonds anfallen, sind vom Erblastentilgungsfonds zu übernehmen.

§ 8
Aktenaufbewahrung


§ 9
Ausschlußfrist sonstiger Ansprüche aus Schuldubuchforderungen


Artikel 9
Gesetz über eine einmalige Zuwendung an die im Beitrittsgebiet lebenden Vertriebenen
(Vertriebenenzuwendungsgesetz – VertrZuwG)

§ 1
Grundsatz


§ 2
Berechtigte


(2) Die einmalige Zuwendung erhalten solche Vertriebene nicht, die vor oder nach Ende des Zweiten Weltkriegs einem totalitären System erheblich Vorschub geleistet oder durch ihr Verhalten gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder der Rechtsstaatlichkeit verstoßen haben.

(3) Soweit die Länder nach dem 3. Oktober 1990 Zuwendungen aus Landesmitteln geleistet haben, werden diese Aufwendungen den Ländern bis zu einem Betrag von 4 000 Deutsche Mark je Berechtigten nach Maßgabe des § 3 erstattet.

§ 3
Höhe der einmaligen Zuwendung, Gewährung der Leistung

(1) Die einmalige Zuwendung für jeden Berechtigten beträgt 4 000 Deutsche Mark und wird durch Bewilligungsbescheid zuerkannt. Der Zuwendungsbetrag wird aus Mitteln des Entschädigungsfonds (§ 9 Entschädigungsgesetz) geleistet. Der Präsident des Bundesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen verfügt über die Verwendung der Mittel.
Der Zuwendungsbetrag wird fällig
1. am 1. Januar 1994 für Berechtigte der Geburtsjahrgänge vor 1919,
2. am 1. Januar 1995 für Berechtigte der Geburtsjahrgänge vor 1925,
3. am 1. Januar 1996 für Berechtigte der Geburtsjahrgänge vor 1931,
Die Fälligkeit tritt jedoch nicht vor Bestandskraft des Bewilligungsbescheidens ein.

§ 4
Antrag


§ 5
Zuständigkeit

§ 6
Verfahren
Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Verwaltungsverfahrensgesetzes.

§ 7
Datenschutz
(1) Die für die Durchführung dieses Gesetzes zuständigen Behörden dürfen, soweit es zur Feststellung der Voraussetzungen nach § 2 erforderlich ist, bei anderen Behörden und Stellen vorhandene personenbezogene Daten, die über die Vertriebeneneigenschaft, die rechtsbeständige Erlangung von Bodenreformland durch den Vertriebenen oder über das Vorliegen von Ausschlußgründen auf Schluß geben, ohne Mitwirkung des Betroffenen erheben.

(2) Der Entschädigungsfonds ist auf Anfrage der nach § 5 zuständigen Stellen und von Amts wegen berechtigt, diesen Stellen zu Kontrollzwecken Angaben zu übermitteln, wenn der begründete Verdacht besteht, daß die einmalige Zuwendung unberechtigt mehrfach beantragt worden ist.

(3) Die ersuchten Behörden oder sonstigen öffentlichen Stellen sind zur Erteilung der erforderlichen Auskünfte verpflichtet.

(4) Die Nutzung und Übermittlung der Daten unterbleibt, soweit besondere gesetzliche Verwendungsregelungen oder überwiegende schutzwürdige Interessen des Betroffenen entgegenstehen.

Artikel 10
Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung offener Vermögensfragen

1. In § 2a wird folgender Absatz 1a eingefügt:

"(1a) Ist eine Erbengemeinschaft Rechtsnachfolger eines jüdischen Berechtigten im Sinne des § 1 Abs. 6, so tritt die in § 2 Abs. 1 Satz 2 bestimmte Nachfolgeorganisation oder, wenn diese keine Ansprüche auf den Vermögenswert angemeldet hat, die Conference on Jewish Material Claims against Germany, Inc. an die Stelle der namentlich nicht bekannten Mitberen. Sie ist zusammen mit den bekannten Mitberen nach Maßgabe des § 34 in ungeteilter Erbengemeinschaft als Eigentümerin im Grundbuch einzutragen. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn der Aufenthalt eines namentlich bekannten Mitberen, der an der Stellung des Antrags nach § 30 nicht mitgewirkt hat, unbekannt ist. § 2 Abs. 1a bleibt unberührt."

2. § 6 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 6a Satz 1 wird der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgender Satzteil angefügt:

"eine damals einem Gesellschafter oder Mitglied des geschädigten Unternehmens wegen der Schädigung tatsächlich zuflössene Geldleistung ist im Verhältnis zwei Mark der Deutschen Demokratischen Republik zu einer Deutschen Mark umzurechnen und von diesem oder seinem Rechtsnachfolger an den Verfügungsrechtigen zurückzuzahlen, soweit dieser Betrag den Wert der Beteiligung des Gesellschaftern oder des Mitglieds nach § 11 Abs. 1 Satz 1 oder 4 des D-Markbilanzgesetzes abzüglich von nach Satz 2 zu übernehmenden Schulden nicht übersteigt."

b) Absatz 7 Satz 1 wird wie folgt geändert:

"Ist die Rückgabe nach Absatz 1 Satz 1 nicht möglich oder entscheidet sich der Berechtigte inner-"
halb der in § 8 Abs. 1 bestimmten Frist für eine Entschädigung, so besteht ein Anspruch auf Entschädigung nach Maßgabe des Entschädigungsgeセットzes.***

3. § 7 wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 1 wird nach Satz 4 folgender Satz eingefügt:

   „Das Eigentum an dem zurückzügtragenden Vermögenswert geht außer in den Fällen des Satzes 6 auf den Berechtigten erst dann über, wenn die Entscheidung über die Rückübertragung unanfechtbar und der Wertausgleich nach den Sätzen 1 bis 4 erreicht ist.“

   b) In Absatz 7 werden nach Satz 1 die folgenden Sätze eingefügt:

   2. Kosten aufgrund von Rechtsgeschäften zur Erhaltung des Vermögenswertes im Sinne des § 3 Abs. 3 aufrechnen.“

   c) In Absatz 8 wird Satz 1 wie folgt geändert:

   „Ansprüche nach den Absätzen 2 und 7 sind nicht im Verfahren nach Abschnitt VI geltend zu machen.“

4. In § 7a Abs. 2 Satz 3 werden nach dem Wort „Republik“ ein Komma und die Wörter „aus einem öffentlichen Haushalt der Bundesrepublik Deutschland“ eingefügt.

5. § 8 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

   „Soweit inländischen Berechtigten ein Anspruch auf Rückübertragung gemäß § 3 zusteht, können sie bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Entschädigungsgeセットzes statt dessen Entschädigung wählen. Hat der Berechtigte seinen Sitz oder Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, verlängert sich die Frist nach Satz 1 auf drei Jahre.“

6. § 9 wird wie folgt geändert:
   a) Die Absätze 1 und 3 werden gestrichen.
   b) In Absatz 2 enthält die Absatzbezeichnung „(2)“, und es werden die Wörter „ist ebenfalls in Geld zu entschädigen“ ersetzt durch die Wörter „wird nach Maßgabe des Entschädigungsgeセットzes entschädigt“.

7. In § 10 Abs. 1 werden die Wörter „gemäß § 3 Abs. 3 und § 4 Abs. 2 und 3“ durch die Wörter „nach § 3 Abs. 4 oder § 4 Abs. 2“ ersetzt.

8. § 11 wird wie folgt geändert:
   a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

   aa) In Satz 2 werden die Wörter „nach § 9“ ersetzt durch die Wörter „nach dem Entschädigungsgeセットzes“.
   bb) Nach Satz 3 wird folgender Satz 4 angefügt:

   „Mit dem Wirksamwerden des Verzichts wird der Berechtigte von allen Verpflichtungen frei, die auf den Zustand des Vermögenswertes seit Anordnung der staatlichen Verwaltung zurückzuführen sind.“

   b) Absatz 5 wird wie folgt geändert:

   „(5) Soweit staatlich verwaltete Geldvermögen aufgrund von Vorschriften diskriminierenden oder sonst benachteiligenden Charakters gemindert worden sind, wird ein Ausgleich nach § 5 Abs. 1 Satz 6 des Entschädigungsgeセットzes gewährt.“

   c) Nach Absatz 5 wird folgender Absatz 6 angefügt:

   „(6) Ist für Kontoguthaben oder sonstige privat-rechtliche geldwerte Ansprüche, die unter staatlicher Verwaltung standen und zum 1. Juli 1990 auf Deutsche Mark umgestellt worden sind, Hauptentschädigung nach dem Lastenausgleichsgesetz gezahlt worden, gehen diese Ansprüche insoweit auf den Entschädigungsfonds über; die Ausgleichsverwaltung teilt der auszahlenden Stelle die Höhe der Haupentschädigung mit. Ist das Kontoguthaben schon an den Berechtigten ausgezahlt worden, wird die gewährte Haupentschädigung nach den Vorschriften des Lastenausgleichsgesetzes durch die Ausgleichsverwaltung zurückgerufen. Die auszahlende Stelle teilt dem Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen und der Ausgleichsverwaltung den an den Berechtigten ausgezahlten Betrag ohne besondere Aufforderung mit (Kontrollmitteilung); die übermittelten Daten dürfen nur für die gesetzlichen Aufgaben der Ausgleichsverwaltung verwendet werden.“

9. In § 11a Abs. 1 werden die Wörter „Gesetzes nach § 9“ ersetzt durch das Wort „Entschädigungsgeセットzes“.

10. Nach § 16 Abs. 6 Satz 3 werden folgende Sätze eingefügt:

   „Wird der Antrag nach Satz 3 innerhalb der in § 30a Abs. 3 Satz 1 bestimmten Frist nicht gestellt, bleibt der Eigentümer im Umfang der Eintragung aus dem Grundpfandrecht verpflichtet, soweit die gesicherte Forderung nicht durch Tilgung erlöschen ist. Auf die Beschränkungen der Übernahmepflicht nach Absatz 5 Satz 1 und 4 kann er sich in diesem Falle nur

11. § 22 wird wie folgt geändert:
   a) Satz 2 wird wie folgt gefaßt:
      "Bei Entscheidungen über
      1. die Entschädigung,
      2. die Gewährung eines Ersatzgrundstückes,
      3. einen Schadensersatzanspruch nach § 13,
      4. Wertausgleichs- und Erstattungsansprüche nach § 7, § 7a und § 14a,
      5. zu übernehmende Grundpfandrechte nach § 16 Abs. 5 bis 9, Ablösbeiträge nach § 18 und Sicherheitsleistungen nach § 18a sowie
      6. die dem Entschädigungsfonds zustehenden Anteile bei der Erlösauskunft nach § 16 Abs. 1 des Investitionsvorranggesetzes
      geschieht dies im Auftrag des Bundes."
   b) Nach Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:
      "Für das Verfahren der Abführung von Verkaufsvertragen nach § 11 Abs. 4 gilt Satz 2 entsprechend."

12. § 27 wird wie folgt geändert:
   a) Der bisherige Text wird Absatz 1.
   b) Folgende Absätze 2 und 3 werden angefügt:

   (3) Liegen dem Amt, Landesamt oder Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen Anhaltspunkte dafür vor, daß für einen Vermögenswert rückerstattungsrechtliche Leistungen gewährt worden sind, untermittet es die für die Durchführung des Bundesrückerstattungsgesetzes zuständigen Behörden über ein durchgeführt oder anhaftendes Verfahren nach diesem Gesetz. Absatz 2 Satz 2 bis 5 gilt entsprechend."

13. § 29a wird aufgehoben.

14. § 32 wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „nach Absatz 2“ durch die Wörter „nach § 6 Abs. 7 oder § 8“ ersetzt.
   b) Absatz 2 wird gestrichen.

15. § 33 wird wie folgt geändert:
   a) Absatz 1 wird wie folgt gefaßt:
      "(1) Ist die Rückübertragung ausgeschlossen oder hat der Antragsteller Entschädigung gewährt, entscheidet die Behörde über Grund und Höhe der Entschädigung. § 4 des NS-Verfolgtenentschädigungsgesetzes bleibt unberührt."
   b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:
   c) Im bisherigen Absatz 2 wird nach Satz 1 folgender Satz eingefügt:
      "Entscheidungen über die Höhe der Entschädigung ergeben vorbehaltlich der Kürzungsentscheidung nach § 7 Abs. 3 des Entschädigungsgesetzes."
   d) Die bisherigen Absätze 2 bis 5 werden die Absätze 3 bis 6.

16. In § 36 Abs. 4 werden nach dem Wort „§ 25 Abs. 1“ die Wörter eingefügt:
   "und Entscheidungen des Bundesamtes nach § 29 Abs. 2, die die Rückübertragung von Unternehmen betreffen."

Artikel 11
Kraftloserklärung
von Reichsmark-Wertpapieren


(2) Die Inhaberweiter der bisherige durch diese Wertpapiere verkörperten Rechte ist bei ihrer Inanspruchnahme im Einzelfall nachzuweisen.

(3) Ansprüche auf die Herausgabe von Wertpapieren, die von den früheren Amt für den Rechtsschutz des Vermögens der Deutschen Demokratischen Republik verwaht wurden, können innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes (Ausschlußfrist) beim Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen geltend gemacht werden. Wertpapiere, deren Herausgabe nicht beantragt oder bestandskräftig abgelehnt wurde, können

Artikel 12

Neubekanntmachung

Das Bundesministerium der Justiz kann den Wortlaut des Vermögensgesetzes, das Bundesministerium der Finanzen den Wortlaut des Wertausgleichsgesetzes in der vom Inkrafttreten dieses Gesetzes an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekanntmachen.

Artikel 13

Inkrafttreten


Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 27. September 1994

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister der Finanzen
Theo Waigel

Der Bundesminister des Innern
Kanther

Die Bundesministerin der Justiz
S. Leutheusser-Schnarrenberger
Zweite Verordnung
zur Änderung der Dritten Verordnung
zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
(2. ÄndV zur 3. BlmSchV)
Vom 26. September 1994

Auf Grund des § 34 Abs. 1 und 2 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Mai 1990 (BGBl. I S. 880) verordnet die Bundesregierung nach Anhörung der beteiligten Kreise:

Artikel 1


1. § 3 wird wie folgt geändert:

  a) In Absatz 1 wird der Punkt gestrichen und folgende Zeile angefügt:

     „Ab 1. Oktober 1996 0,05 vom Hundert des Gewichts für Dieselkraftstoff.“

  b) Nach Absatz 1 wird folgender neuer Absatz eingefügt:

     „(2) Dieselkraftstoff mit einem Höchstgehalt an Schwefelverbindungen, berechnet als Schwefel, von 0,20 vom Hundert des Gewichts ist über den 1. Oktober 1996 hinaus für den Bereich der Binnenschifffahrt zugelassen.“

c) Der seitherige Absatz 2 wird zu Absatz 3.

2. Dem § 6 wird folgender Absatz 4 angefügt:

     „(4) Die Absätze 1, 2 und 3 sind nicht anzuwenden auf Einführen aus Staaten der Europäischen Union.“

3. Die Anlage wird wie folgt gefaßt:

   „Anlage

   1. Erklärung des Herstellers oder Vermischers über die Beschaffenheit von leichem Heizöl oder Dieselkraftstoff

   Nummer der Ausfertigung:

   

<table>
<thead>
<tr>
<th>leiches Heizöl</th>
<th>Dieselkraftstoff</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Menge t:</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Name des ersten Empfängers:</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Erster Bestimmungsort der Sendung:</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Kenndaten</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>a) Dichte bei 15 °C nach ISO 3675, ASTM D 4052 oder DIN 51 757 kg/m³:</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>b) Siedeverlauf nach ISO 3405 oder DIN 51 751 bis 350 °C aufgefangene Destillatmenge Vol.-%:</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>c) Schwefelgehalt nach ISO 8754*, DIN EN 24 260 oder DIN 51 400 Teil 6 Gew.-%:</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Ort, Datum und Nummer der Prüfung:</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Hersteller (Name und Anschrift):</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Unterschrift:</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>
2. Zollamtlich abgefertigt am:
Firmenname und Geschäftssitz:
abgefertigte Menge: \( t \)
Unterschrift und Dienstbezeichnung:

Bestimmungsort:
Ort, Datum:
Unterschrift

\( \dagger \) Das Prüfverfahren nach ISO 8754 ist bei einem Schwefelgehalt von 
<0,10 Gew.-% nicht anwendbar.

3. Zusätzliche Erklärung des Lieferanten nach § 5
Firmenname und Geschäftssitz:
gelieferte Menge: \( t \)
Empfänger:

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 26. September 1994

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Klaus Töpfer
Verkündungen im Bundesanzeiger

Gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Verkündung von Rechtsverordnungen vom 30. Januar 1950 (BGBl. S. 23) wird auf folgende im Bundesanzeiger verkündete Rechtsverordnungen nachrichtlich hingewiesen:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Datum und Bezeichnung der Verordnung</th>
<th>Bundesanzeiger Seite</th>
<th>Bundesanzeiger (Nr.) vom</th>
<th>Tag des Inkrafttretens</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>9. 9. 94 Schifffahrtspolizeiliche Anordnung der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord über die Ausweisung von Fahrwassern im 3sm-Bereich um Helgoland</td>
<td>10</td>
<td>101 (174)</td>
<td>14. 9. 94</td>
</tr>
<tr>
<td>9-9-94 Neunzehnte Verordnung des Luftpfl-Bundesamts zur Änderung der Siebenundachtzigsten Durchführungsverordnung zur Luftverkehrs-Ordnung (Festlegung von Flugverfahren für An- und Abflüge nach Instrumentenflugregeln zum und vom Flughafen Hamburg)</td>
<td>10</td>
<td>273 (180)</td>
<td>22. 9. 94</td>
</tr>
<tr>
<td>9-9-94 Dritte Verordnung des Luftpfl-Bundesamts zur Änderung der Hundertzweundzwanzigsten Durchführungsverordnung zur Luftverkehrs-Ordnung (Festlegung von Flugverfahren für An- und Abflüge nach Instrumentenflugregeln zum und vom Flughafen Düsseldorf)</td>
<td>10</td>
<td>273 (180)</td>
<td>22. 9. 94</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Bundesgesetzblatt
Teil II

Nr. 41, ausgegeben am 13. September 1994

<table>
<thead>
<tr>
<th>Tag</th>
<th>Inhalt</th>
<th>Seite</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>2. 9. 94</td>
<td>Gesetz zu dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 (Vertragsgesetz Seerechtsübereinkommen)</td>
<td>1798</td>
</tr>
<tr>
<td>12. 8. 94</td>
<td>Bekanntmachung der Vereinbarung zur Änderung des deutsch-sambischen Wirtschaftsabkommens</td>
<td>2019</td>
</tr>
<tr>
<td>15. 8. 94</td>
<td>Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen</td>
<td>2020</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Preis dieser Ausgabe: 46,00 DM (43,40 DM zuzüglich 2,60 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorauszahlung 47,00 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten, die angewendete Steuersatz beträgt 7%. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99 509 oder gegen Vorauszahlung.
## Nr. 42, ausgegeben am 16. September 1994

<table>
<thead>
<tr>
<th>Tag</th>
<th>Inhalt</th>
<th>Seite</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>FNA: neu: 170-4</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>GESTA: XA28</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>2. 9. 94</td>
<td>Gesetz zu dem Übereinkommen vom 21. Dezember 1979 über die Anerkennung von Studien, Diplomen und Graden im Hochschulbereich in den Staaten der europäischen Region</td>
<td>2321</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>GESTA: XA16</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>2. 9. 94</td>
<td>Gesetz zu dem Übereinkommen vom 17. März 1992 zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen (Gesetz zu dem Übereinkommen zum Schutz grenzüberschreitender Wasserläufe)</td>
<td>2333</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>FNA: neu: 188-63</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>GESTA: XG15</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>15. 8. 94</td>
<td>Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zur Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten</td>
<td>2351</td>
</tr>
<tr>
<td>15. 8. 94</td>
<td>Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt</td>
<td>2351</td>
</tr>
<tr>
<td>18. 8. 94</td>
<td>Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens von Nizza über die internationale Klassifikation von Waren und Dienstleistungen für die Eintragung von Marken</td>
<td>2352</td>
</tr>
<tr>
<td>18. 8. 94</td>
<td>Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes</td>
<td>2352</td>
</tr>
<tr>
<td>19. 8. 94</td>
<td>Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung</td>
<td>2353</td>
</tr>
<tr>
<td>19. 8. 94</td>
<td>Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Vertrags über die Ächtung des Krieges</td>
<td>2354</td>
</tr>
<tr>
<td>19. 8. 94</td>
<td>Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt</td>
<td>2355</td>
</tr>
<tr>
<td>22. 8. 94</td>
<td>Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-litauischen Abkommens über die Seeschifffahrt</td>
<td>2355</td>
</tr>
<tr>
<td>22. 8. 94</td>
<td>Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-saudiarabischen Abkommens über den Luftverkehr</td>
<td>2356</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Preis dieser Ausgabe: 68,85 DM (65,10 DM zuzüglich 3,75 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 69,85 DM.
Der Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten, der angewendete Steuersatz beträgt 7%.
Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99 509 oder gegen Vorausrechnung.
Nr. 43, ausgegeben am 21. September 1994

<table>
<thead>
<tr>
<th>Tag</th>
<th>Inhalt</th>
<th>Seite</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>17. 8. 94</td>
<td>Verordnung zur Revision 3 der ECE-Regelung Nr. 19 über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Nebelscheinwerfer für Kraftfahrzeuge (Verordnung zur Revision 3 der ECE-Regelung Nr. 19)</td>
<td>2427</td>
</tr>
<tr>
<td>25. 7. 94</td>
<td>Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedsentscheidungen</td>
<td>2428</td>
</tr>
<tr>
<td>12. 8. 94</td>
<td>Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte</td>
<td>2429</td>
</tr>
<tr>
<td>22. 8. 94</td>
<td>Bekanntmachung des deutsch-ukrainischen Abkommens über die Entsendung von deutschen Lehrern an Bildungseinrichtungen der Ukraine</td>
<td>2431</td>
</tr>
<tr>
<td>22. 8. 94</td>
<td>Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-ukrainischen Abkommens über die Binnenlandes- schifffahrt</td>
<td>2434</td>
</tr>
<tr>
<td>22. 8. 94</td>
<td>Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-russischen Abkommens über Kriegsgefangenenfürsorge</td>
<td>2434</td>
</tr>
<tr>
<td>22. 8. 94</td>
<td>Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-polnischen Vertrags über die Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen</td>
<td>2435</td>
</tr>
<tr>
<td>22. 8. 94</td>
<td>Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Kulturabkommens</td>
<td>2435</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Die Revision 3 der ECE-Regelung Nr. 19 wird als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblattes Teil II wird der Anlageband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.

Preis dieser Ausgabe ohne Anlageband: 17,50 DM (15,50 DM zuzüglich 2,00 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorauszahlung 18,50 DM
Preis des Anlagebandes: 8,05 DM (6,05 DM zuzüglich 1,85 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorauszahlung 9,05 DM
Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.
Lieferung gegen Vorentscheid des Betrages auf das Postpokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorauszahlung.